

Wochensatz 60 Pf., monatlich 1,80 M.
Im voraus zahlbar. Postweg 4,32 M.
einzelständig 60 Pf., Postgebühren- und
72 Pf. Postbezugsgebühren. Auslands-
abonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Frauenstimme“, „Lebend“, „Bild in
die Zukunft“, „Jugend-Vorwärts“
und „Clubbeilage“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kopierlizenz
80 Pfennig. Restumsatz 5.— Reichs-
markt. „Meine Anzeigen“ des ein-
druckt Wort 20 Pfennig (zwei-
seitig) und 10 Pfennig (ein-
seitig) je Zeile, jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stellungsgebühr das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft Lindenstraße 2, wochentlich
von 9 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 293—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postsekretariat: Berlin 37336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Tel. 8. u. D. C. - Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Terror statt Versammlungsfreiheit?

Nationalsozialistische Ausschreitungen an allen Ecken und Enden.

Gestern haben sich an allen Ecken und Enden Deutschlands schwere Versammlungstörnungen und schwere Straßenzusammenstöße ereignet. In die Verantwortung dafür teilen sich gleichmäßig Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Versammlungsfreiheit leidet auf das schwerste unter dem Terror der Radauparteien. An vielen Orten hat sich herausgestellt, daß die Polizei zwar nachträglich einzelne der Schuldigen verhaften kann, daß sie aber nicht in der Lage ist, terroristische Überfälle zu verhindern.

Besonders schwer war der organisierte Überfall, den die Nationalsozialisten auf eine sozialdemokratische Versammlung in Eutin unternommen haben. Die Versammlung hat sich selbst der Störenfriede erwehrt und hat sie in die Flucht geschlagen. Die Nationalsozialisten irren sehr, wenn sie glauben, daß die Arbeiterschaft sich von ihnen terrorisieren lassen werde!

In Eutin ist aus Rache für das Mißlingen des nationalsozialistischen Überfalls darauf am hellen Tage mitten auf der Straße ein Führer des Reichsbanners von einer Horde von Nationalsozialisten überfallen und schwer verletzt worden. Gegen derartige Akte des Einzelterroris vorzugehen, ist die Aufgabe der Staatsgewalt. Es besteht kein Zweifel, daß die nationalsozialistische Partei verantwortlich ist, sowohl für den Versammlungsterror wie für den Einzelterror!

Ein Roheitsakt in Eutin.

Eutin, 28. November.

Wie das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet, wurde am Freitagvormittag auf dem Marktplatz der Kreisführer des Reichsbanners, odenburgischer Landtagsabgeordneter Broschke aus Eutin, von drei Nationalsozialisten niedergeschlagen. Er wurde schwer verletzt. Daraufhin hat der Vorsitzende der Eutiner Ortsgruppe des Reichsbanners polizeilichen Schutz für Eutin erbeten. Ein Schutzpolizeikommando aus Schwarzenau wurde in Eutin stationiert. Außerdem sind aus der Umgebung Eutins die Gendarmenposten in der Stadt zusammengezogen worden. Die drei Täter wurden verhaftet.

Waffenfunde bei Lübecker Nationalsozialisten.

Lübeck, 28. November.

Ein Trupp Nationalsozialisten, der sich nach Eutin begeben wollte, wurde gestern von der Lübecker Polizei angehalten und nach Waffen durchsucht. Sechs Mann waren bewaffnet. Ihre Personalkarten wurden festgestellt. Die Polizei beschlagnahmte einen Browning, zwei Pistolen, einen Leuching und eine Felleckette.

Nazibanden schlugen Arbeitermädchen.

Koblenz, 28. November. (Eigenbericht.)

Aus Anlaß einer Sollmann-Versammlung am Donnerstagabend in der Koblenzer Stadthalle bewegte sich ein tausendköpfiger Demonstrationzug durch die Stadt. Den Schluß bildete die Arbeiterjugend. Nazibanden über-

fielen die Gruppe und schlugen insbesondere auf die Mädchen ein. Das Reichsbanner wurde eingeleitet und drängte die Banditen zurück. Der Zutritt zur Versammlung, in der sich Sollmann scharf gegen die Nationalsozialisten aussprach und die massenhafte Besuche war, wurde infolge des Zusammenstoßes den Nationalsozialisten verweigert. Die Kommunisten versuchten vergebens, die Versammlung zu stören.

Schlägerei zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern.

Beuthen, 28. November.

Gestern Abend kam es hier zu einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Als ein Polizeibeamter einen Kommunisten festnahm, setzte man ihm heftigen Widerstand entgegen, so daß er durch Signale Verstärkungen herbeirufen mußte, die die Ruhe wiederherstellten. Der Verhaftete wurde in das Polizeigefängnis eingeliefert. Mehrere Beteiligte wurden unbeschädigt entlassen.

Schwere Zusammenstöße in Essen.

Essen, 28. November. (Eigenbericht.)

In Essen kam es am Donnerstagabend im Verlauf einer nationalsozialistischen Versammlung zwischen Anhängern der Kommunistischen Partei und Nationalsozialisten zu einer Schlägerei. Mehrere Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Als die Nationalsozialisten nach Schluß der Versammlung abzogen, kam es nochmals zu Zusammenstößen, wobei sechs Personen durch Steinwürfe verletzt wurden. In der Nacht wurde dann die Wohnung eines kommunistischen Funktionärs in der Kolonie Scheiderhof von Nationalsozialisten zweimal beschossen.

Die Kommunisten provozieren.

Hannover, 28. November. (Eigenbericht.)

Die Kommunisten haben am Freitag in Hannover schwere Zusammenstöße mit der Polizei provoziert. Am Vormittag veranstaltete die KPD eine Erwerbslosenversammlung, in der eine wilde Hege gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie inszeniert wurde. Anschließend durchzogen die Demonstranten stundenlang die Stadt. Vor dem Gewerkschaftshaus ertönten ununterbrochen Pfui- und Schmährufe. In den späten Nachmittagsstunden rottete sich eine größere Menge vor dem Arbeitsamt zusammen, hielt Autos an und traktierte den Revolverführer und sechs Polizeibeamte des benachbarten Polizeireviere, die durch gütliches Zureden Ordnung schaffen wollten, mit Eisenstangen, Pflastersteinen und Dachziegeln. Nur dadurch, daß die Beamten ihre Revolver zogen, die jedoch nicht geladen waren, konnten sie sich freie Bahn schaffen. Die kommunistischen Rombags liefen nach allen Seiten auseinander, kamen aber, als sie merkten, daß die Beamten nicht schossen, sofort wieder zurück. Als die Bereitschaft dann abrückte, kamen die Kommunisten immer wieder. Einige wurden später dabei ertwischt, als sie von einem Güter eiserne Stücke absägten. Es scheint sich um wohl vorbereitete Aktionen der KPD zu handeln, die mit aller Gewalt Zusammenstöße provozieren wollte.

Neue Notverordnungen?

Sanierung der Finanzen mit Hilfe des Artikels 48.

Die Wahrscheinlichkeit verstärkt sich, daß die Regierung ihr Programm für die Sanierung der Finanzen mit Hilfe des Artikels 48 verwirklichen will. Man wird Herrn Brüning nicht den Vorwurf machen können, er habe sich nicht bemüht, die Bahn für eine parlamentarische Erledigung seiner Gesetzentwürfe freizumachen. Er hat vielmehr in allen Besprechungen mit den Führern der hinter der Regierung stehenden Parteien, wie auch mit den Vertretern der Sozialdemokratie das Terrain zu klären gesucht. Aber die Meinungsverschiedenheiten, nicht etwa nur zwischen den Bürgerlichen und den Sozialdemokraten, sondern auch im Lager der Parteien selber, waren und sind so offensichtlich, daß der Reichstagspräsident daran zu verzweifeln scheint, die Gesetzentwürfe bis Weihnachten durch das Plenum und den Ausschuß des Reichstages zu bringen. Diesen Termin aber glaubt er, mit Rücksicht auf die amerikanischen Reichsanleihegeber und auch mit Rücksicht auf die privaten Kreditbedürfnisse der deutschen Industrie und der deutschen Banken innehalten zu müssen.

Trotzdem muß die Frage aufgeworfen werden, ob es nicht richtiger wäre, einen nach außen hin in die Erscheinung tretenden Versuch zur parlamentarischen Erledigung der Angelegenheit zu machen. Aus den Konferenzzimmern dringt immer nur wenig in die Öffentlichkeit, und diese Öffentlichkeit hat doch einen Anspruch darauf, zu erfahren, welche Stellung die einzelnen Parteien zu den einzelnen Gesetzen einnehmen, und welche Gruppen ihre Sonderinteressen über die Notwendigkeit einer Sanierung der Finanzen stellen. Wenn sich in den Verhandlungen des Reichstages die Unmöglichkeit der Schaffung einer Mehrheit herausgestellt hätte, wäre noch immer Zeit gewesen, zu dem Artikel 48 zu greifen. Will Brüning den Parlamentarismus erhalten, wie er und seine Freunde es doch versichern, so begibt er sich auf einen gefährlichen Weg, wenn er den Notverordnungsartikel in Anwendung bringt, ohne die Unmöglichkeit eines anderen Vorgehens vor aller Welt offenkundig gemacht zu haben.

Die Sozialdemokratie vermag heute noch nicht zu sagen, wie sie sich einer vollendeten Tatsache gegenüber verhalten würde. In den Finanzgesetzen ist mancherlei enthalten, womit wir uns namentlich nach den Abänderungen, die sie durch den Reichsrat erfahren haben, einverstanden erklären könnten, und anderes, das auf unseren Widerspruch stößt. Unter normalen Verhältnissen wäre die Entscheidung leicht. Aber immer wieder stehen wir vor der Alternative, ob wir auf das Recht zur Aufhebung der Verordnung verzichten oder ob wir das Kabinett stürzen und damit dem Nationalsozialismus als Partei oder als Idee die Straße zur Macht öffnen wollen.

Jedenfalls aber möchten wir schon heute mit allem Nachdruck erklären, daß wir uns unter keinen Umständen mit einer Anwendung des Artikels 48 zur Durchführung derjenigen Gesetze einverstanden erklären können, die verfassungswidrigen Charakter tragen. Es ist von einem Rechtsgutachten geredet worden, das die Ausdehnung der Notverordnung auch auf solche Gesetze bejahen soll. Ob es überhaupt existiert und wer sein Verfasser ist, wissen wir nicht. Aber Kabinett und Reichspräsident dürfen sich unter keinen Umständen durch eine solche Auslegung des Artikels 48 beeinflussen lassen. Sie würden damit die ganze Reichsverfassung vollständig ulförsich machen.

Sagt ebenso wahrscheinlich wie der Verzicht auf den geordneten Befehlsweg bei dem Sanierungsprogramm ist heute der Rückgriff auf die Notverordnung zur Abänderung der Notverordnung vom Juli. Ueber die Abänderungswünsche zu den Bestimmungen, die damals nach der Auflösung des Reichstages erlassen wurden, wird zur Zeit im Haushaltsausschuß des Reichstages diskutiert, nachdem die Anträge auf eine einfache Aufhebung der Verordnung mit der Unterstützung der Sozialdemokratie vom Reichstag abgelehnt worden sind. Auch hier treten starke Differenzen innerhalb der Parteien, die für eine Mehrheit in Frage kämen, an den Tag. Eine Abstimmung aber hat bislang nicht stattgefunden, und es wäre sicher auch in diesem Falle verfehlt, die Stellungnahme der verschiedenen Fraktionen durch ein vorzeitiges Spielentlassen des Berordnungsparagraphen zu vernebeln. Für die Arbeiterschaft handelt es sich in erster Linie um die Befestigung oder zum mindesten die Abänderung derjenigen Bestimmungen, die sich auf die Krankenversicherung beziehen. Die Sozialdemokratie wird, wenn in den nächsten Tagen dieser Abschnitt auf die Tages-

Man macht Außenpolitik!

Hitler und Hugenberg, Hugenberg und Hitler.

Die Nationalsozialisten haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, in dem sie verlangen, die Reichsregierung solle sich für das Recht der ehemaligen Baltikum-er auf Siedlungsland und Bürgerrecht in Lettland einsetzen. Begründet wird dieses Verlangen u. a. mit der Behauptung, der lettische Staat habe die Erfahrung machen müssen, „daß er ohne die Mitarbeit der seit Jahrhunderten im Lande ansässigen deutschen Führerschicht nicht auskommen kann“. — Die praktische Bedeutung dieses Antrags besteht einzig und allein darin, daß er die Stellung der deutschen Minderheit in Lettland schädigt, indem er zu einer nationalsozialistischen Hege gegen sie das Stichwort gibt. In Wirklichkeit sind die Deutschen in Lettland viel zu vernünftig, um eine Führerschaft im Staate anzustreben; es genügt ihnen, wenn man sie zu gleichberechtigter Mitarbeit zuläßt. Hoffentlich wird man sie die Übernehm ihrer nationalsozialistischen Beschüher nicht entlassen lassen.

Wo Hitlers Latendrang explodiert, kann Hugenberg nicht rasen. Der telegraphiert an den Reichstagspräsidenten, er solle von den Versailler Vertragsgegnern die Anerkennung der deutschen Rüstungsfreiheit verlangen, im Falle der Nichtanerkennung aber Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund vollaufen. Da kaum jemand geneigt sein wird, den Vertrag von Versailles im Punkt der Abrüstung aufzuheben, würde die Verwirklichung des Hugenbergischen Vorschlags weiter nichts bedeuten, als den Austritt aus dem Völkerbund mit einem „schönen Abgang“. Ob man uns

danach aus den Pflichten des Versailler Vertrags entlassen würde und ob die Aussichten auf die Revision des Young-Plans dadurch verbessert würden, darüber äußert sich Hugenberg nicht.

Das Ganze ist nichts als ein Sechstagerereuen der nationalsozialistischen Demagogie. Der lange Hitler voran, der kurze Hugenberg saukend hinterdrein — und weit, weit hinten ein paar Volksparteiler als komische Figuren.

Pilsudski tritt zurück.

Wird er trotz Krankheit Kriegsminister? — Stawek wird Ministerpräsident.

Warschau, 28. November.

Nach einem heißen von der Polnischen Telegraphenagentur veröffentlichten Kommuniqué gab auf einer gestern abgehaltenen vertraulichen Sitzung des Ministerrates Marschall Pilsudski einleitend die Erklärung ab, daß er sich gezwungen sehe, zusammen mit dem gesamten Kabinett die Demission einzureichen. Als einzigen Grund, der ihn zu diesem Entschluß zwingt, gab Pilsudski seinen Gesundheitszustand an.

Pilsudski fügte hinzu, daß er vor diesem seinem Entschluß dem Staatspräsidenten bereits Mitteilung gemacht habe. Der Staatspräsident habe als künftigen Ministerpräsidenten den Vorsitzenden des Regierungsrates und früheren Ministerpräsidenten Waler Stawek bestimmt. Pilsudski erklärte schließlich, daß er Stawek genügend Zeit für die Bildung des neuen Kabinetts lassen wolle und daß das Kabinett seine Demission daher erst dann einreichen werde, wenn das Kabinett Stawek bereits gebildet sein wird.

Agitationsanträge statt Hilfe.

Das kommunistische Spiel mit den Erwerbslosen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte im Reichstag den Antrag eingebracht, den Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentnern sowie allen Fürsorgeberechtigten eine Winterbeihilfe von 40 Mark und für jeden Unterhaltsberechtigten 12 Mark zu zahlen. Sie hatte sich dabei nicht den Kopf zerbrochen darüber, woher die Mittel für diese Auszahlungen kommen sollten. Infolge der Aufforderung des Hauptausschusses des Reichstags hat die Regierung nunmehr eine Kostenberechnung gegeben, wonach die Unterstützung der Arbeitslosen 77 680 000, diejenige der Krisenunterstützungsempfänger 25 788 000 Mark ausmachen würde. Dazu kämen die Summen für Invaliden, Unfall- und Angefalltentner mit 177 180 000 Mark, für Kleinrentner und Gleichgestellte mit 14 400 000 und für sonstige Fürsorgeberechtigte mit 50 Millionen, so daß sich nach diesen Berechnungen eine runde Summe von 354 Millionen Mark ergibt.

Einerteil, ob dieser Betrag auf Heller und Pfennig stimmt, so wäre doch der aufzubringende Betrag auf alle Fälle derartig erheblich, daß nur derjenige ernsthaft dem Antrag gegenübersteht, der auch den Weg für die Mittelbeschaffung zeigen kann, da andernfalls die größten Gefahren für die Weiterzahlung von Unterstützung und Renten entstehen könnten.

Dieser Gesichtspunkt ist bei der Begründung des Antrags am Freitag den kommunistischen Rednern im Haushaltsausschuß des Reichstags entgegengehalten worden. Frau Abg. Schroeder (Soz.) warf ferner die Frage auf, ob durch solche schematischen Anträge überhaupt ernsthaft geholfen werden könne. Schon bei der Beratung eines ähnlichen Antrags im Jahre 1928 hat sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf den Standpunkt gestellt, nicht einmalige kleine Beihilfen zu geben, sondern zu versuchen, laufend die Renten usw. zu erhöhen. Das ist auch z. B. durch die Erhöhung der Invalidenrente erreicht worden. Heute kommt aber noch eine zweite Schwierigkeit hinzu. Die Gemeinden sind durch die ständig steigenden Wohlfahrtsvermerksziffern derart belastet, daß viele von ihnen nicht wissen, wie sie in den nächsten Monaten überhaupt die Wohlfahrtspflege in dem jetzigen Umfange aufrecht erhalten sollen. Es ist deshalb ein ganz falsches Verfahren, heute einen Betrag von 300 bis 400 Millionen für eine einmalige Unterstützung hinauszumwerfen und nachher den Gemeinden und damit den Notleidenden nicht helfen zu können.

Wir fordern, daß die Krisenunterstützung sowohl in ihrem Umfang wie in ihrer Dauer erheblich erweitert und den Ge-

melnden durch Zuschüsse die Aufrechterhaltung der Wohlfahrtspflege ermöglicht wird. Wir glauben damit den notleidenden Schichten viel besser und durchgreifender helfen zu können.

Der Kommunist Schröder glaubte danach wieder einmal mit Rußland remontrieren zu können, worauf ihm von Frau Abg. Schroeder (Soz.) erwidert wurde, daß in Rußland die Arbeitslosenunterstützung abgebaut wird, abgesehen dort gerade zahlreiche ungelernete Arbeiter, also die Ärmsten der Armen, arbeitslos sind.

Abg. Keil (Soz.) erklärt gegenüber den kommunistischen Angriffen, die Sozialdemokratie sei sich ihrer Verantwortung voll bewußt. Es sei aber von niemand gezeigt worden, wie der kommunistische Antrag durchgeführt werden könne. Mit der Annahme des Antrags durch eine Reichstagsmehrheit sei den Notleidenden noch nicht im geringsten geholfen, da keine Mehrheit für die Mittelbeschaffung bestehe und da die Regierung die Durchführung des Antrags ablehnt.

Er frage die Kommunisten, ob sie bereit wären, mit den Nationalsozialisten eine Regierung zu bilden zur Durchführung des Antrags. Zur Entwertung von Reichstagsbeschlüssen und zur Untergangung des parlamentarischen Systems, die das Ziel der Nationalsozialisten seien, lasse sich die Sozialdemokratie nicht herbei.

Darauf entspann sich eine heftige Debatte über Fragen der Spekulationssteuer und des Young-Plans, in der ganz besonders die Nationalsozialisten den Hauptausschuß mit einer Agitationsveranstaltung verwechselten.

Der kommunistische Antrag fand schließlich nur die Zustimmung der Kommunisten und Nationalsozialisten, während sich die Deutschnationalen aus agitatorischen Gründen der Stimme enthielten.

Die Kommunisten haben alle Aufforderungen, Deckungsmöglichkeiten für ihren Antrag auszuzeigen, unbeantwortet gelassen. Ihnen wie den Nationalsozialisten ist es nicht Ernst mit einer Hilfe für die Notleidenden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, durch Erweiterung der Arbeitsfürsorge und Hilfsmaßnahmen für die Gemeinden die Wohlfahrtspflege für Erwerbslose und Erwerbsunfähige auch in dem bevorstehenden so außerordentlich schweren Winter aufrechtzuerhalten.

ordnung gelangt, ebenso wie zu dem Titel Arbeitslosenversicherung ihre Anträge stellen. Vorbesprechungen, die über diese Materien stattgefunden haben, sind ergebnislos geblieben, weil sich namentlich die Deutsche Volkspartei auch beschiedenen Verbesserungen widersetzt. Indessen reicht auch das Resultat dieser Vorbesprechungen zu einer Urteilsbildung der öffentlichen Meinung nicht aus, und ebensowenig genügt es, im voraus festzustellen, daß Anträge auf Beseitigung des Kranken- und Arzneischeins, für die im Ausschuß und Plenum eine aus Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten gebildete Mehrheit vorhanden wäre, vom Reichsrat abgelehnt werden würde. Es müßte eben auch hier um der Sache selbst, wie um des Parlamentarismus willen die Entscheidung vor aller Öffentlichkeit fallen.

Es läßt sich verstehen, daß die Reden der Regierungsmitglieder durch die ewigen Verhandlungen und Besprechungen zermüdet sind, und daß sie den Wunsch haben, den gordischen Knoten zu durchhauen. Aber indem man die Debatten im Reichstag verhindert oder ihnen ein vorzeitiges Ende bereitet, schwächt man bewußt oder unbewußt das Ansehen und die Kraft der Volksvertretung noch über das Maß hinaus, das vielleicht durch die entsetzliche Wirtschaftsnote und die aus ihr geborene unglückselige Parteikonstellation geboten ist.

Fried beruft sich auf Versailles.

Er ist gegen das Reichsbanner — aber für eine nationalsozialistische Parteigruppe.

Herr Fried hat sich auf den Versailler Vertrag berufen, um beim Reichsinnenministerium ein Verbot der Geraer Ortsgruppe des Reichsbanners durchzusetzen. Er hat öffentlich die Behauptung aufgestellt, daß diese Reichsbannerortsgruppe militärische Übungen veranstaltet habe, also eine verbotene militärische Organisation darstelle.

Das Reichsbanner Gera weist diese Behauptung auf das entschiedenste zurück. Es hätte dieser ausdrücklichen Zurückweisung nicht bedurft. Jedermann in Deutschland weiß, wer das Reichsbanner ist, und wer Herr Fried!

Zu allem Ueberflus erwidert die Presse des Herrn Fried, daß Herr Fried nur nach der Methode: „Wie du mir, so ich dir“ zu verfahren veruche. Damit wird auf das Verbot des Stahlhelm im Rheinland abgezielt, und zugleich zugegeben, daß Fried nicht nach rechtlichen, sondern nach parteiischen Grundsätzen vorgeht.

Herr Fried ist am gleichen Tage durch den Berichterstatter des Staatsgerichtshofes in der Thüringer Polizeisache vernommen worden. Ueber seine Aussage wird das Folgende berichtet:

„Der Minister sagte u. a. aus, er habe nach seinem Amtsantritt angeordnet, daß ihm die wichtigsten Personalangelegenheiten zur persönlichen Entscheidung vorbehalten bleiben sollten. Er stehe auf dem Standpunkt, daß bei den Polizeibeamten zwecks Aufrechterhaltung der Zuverlässigkeit der Truppe auch auf ihre deutsche Gesinnung Wert zu legen sei und daß daher die sozialdemokratische Parteizugehörigkeit ein Boden sei, auf dem sich vielleicht persönliche Eigenschaften entwickelten, die mit den Aufgaben eines Polizeibeamten kaum vereinbar seien. Er denke dabei an extremistische und kostentämpferische Bestrebungen. Deshalb, und weil er die Thüringischen Verhältnisse nicht genug gekannt habe, habe er sich an Vertrauensleute gewandt, besonders an den Abgeordneten Sauter, dem er die Listen der Bewerber zur Einholung vertraulicher näherer Auskünfte ausgehändigt habe. Das Wichtigste aber sei ihm stets der Mann, seine Tüchtigkeit und seine fachliche Eignung gewesen. Auf die Parteizugehörigkeit habe er kein entscheidendes Gewicht gelegt.“

Diese Aussage kommt einem vollen Geständnis gleich. Herr Fried hat nicht Wert auf die Treue zur Verfassung und Republik gelegt, sondern auf das Urteil seines nationalsozialistischen Parteifreundes. Ueber seine Auslassungen über die Sozialdemokratie ist kein Wort weiter zu verlieren — der Hochverräter von 1923 kann in seiner Polizeitruppe selbstverständlich keine verfassungstreuen Republikaner gebrauchen!

Der Staatskommissar.

Weitere Städte folgen nach.

Die Inkraftsetzung von Notverordnungsteuern durch Kommissare der Regierung ist weiterhin in folgenden Städten erfolgt: Frankfurt a. M., Breslau, Stettin, Dortmund und Magdeburg.

Paris und Oberschlesien.

Zurückhaltung selbst in der Rechtspresse.

Paris, 28. November. (Eigenbericht.)

Der deutsche Protest gegen den polnischen Wahnterror in Oberschlesien wird von der Pariser Presse mit aufschreiender Zurückhaltung behandelt. Augenscheinlich legt man sich hier trotz aller Sympathie für den polnischen Bundesgenossen darüber Rechenschaft ab, daß diesmal das Recht unbestreitbar auf deutscher Seite ist. Selbst die Rechtspresse hat für die Zwischenfälle nur ein verlegenes Schweigen übrig.

Um so bemerkenswerter ist es, wenn der „Temps“ als einziges Pariser Blatt den traurigen Mut gefunden hat, Deutschland zu beschuldigen, es handele die Zwischenfälle auf, um sie zu politischer Propaganda mißbrauchen zu können. Wenn auf polnischer Seite Drömmel begangen worden seien, schreibt das Blatt weiter, so kämen sie doch noch lange nicht an jene Grausamkeiten heran, die einst das kaiserliche Deutschland gegenüber den Polen begangen habe. Mit diesen Grausamkeiten allein habe das deutsche Volk für immer (1?) das Recht erworbt, sich als Beschützer nationaler Minderheiten aufzuwerfen.

Der schamlose Entlastungsversuch des „Temps“ gegenüber stellt die radikale „Republique“ fest, daß gerade bei diesen ober-schlesischen Zwischenfällen Frankreich als Verbündeter Polens die doppelte Pflicht habe, unparteiisch zu bleiben. Der Quai d'Orsay selbst dürste übrigens über die Vorgänge bei den Wahlen in Polen ausreichend unterrichtet sein. Vor wenigen Tagen ist eine parlamentarische Delegation, bestehend aus dem Abgeordneten Palmade, Boquinn und aus dem Generalsekretär des Sozialistischen Gewerkschaftsrings der CGT, Jouhaux, aus Polen zurückgekehrt. Die Delegation hat den Wahlkampf an Ort und Stelle miterlebt und hat sich nicht scheut, aus ihrem Abheben über die Brutalität des Terrorregimes in Polen ein heftig zu machen.

Gnadenfrist für Lardieu.

Nur noch 14 Stimmen Mehrheit. — Demission bevorstehend?

Paris, 28. November. (Eigenbericht.)

Das Kabinett Lardieu, das sich seit Wochen verzweifelt bemüht, nicht im Schleppe des Dufre-Scandalis zu verfallen, hat am Freitag einen neuen schweren Schlag erhalten.

In der gleichen Stunde, in der die parlamentarische Untersuchungskommission sich konstituierte, um die Richtigkeit der von dem radikalen Parteiführer Daladier gemachten Angaben nachzuprüfen, daß neben dem zurückgetretenen Justizminister Péret noch andere Mitglieder der Regierung kompromittiert sind, haben die beiden

Unterstaatssekretäre Lautier und Falcoz ihre Demission eingereicht.

Die beiden Schuldigen sollen, wie amtlich mitgeteilt wird, durchaus normale und klare Beziehungen zu dem Bankier Dufre unterhalten haben. Da sie angeblich aber wünschten, sofort in der ersten Sitzung der Untersuchungskommission sich in aller Offenheit darüber zu äußern, hätten sie es vorgezogen, ihr Amt niederzulegen.

Nach einmal ist es Lardieu gelungen, von der Kammer ein knappes Vertrauensvotum zu erhalten. Die kurze Aussprache über die Demission der beiden Unterstaatssekretäre Lautier und Falcoz schloß mit einem

Vertrauensvotum von 283 gegen 279 Stimmen

für die Regierung. Die Regierungsmehrheit, die gestern bei einer Abstimmung über die Militärkredite noch 74 Stimmen betragen hatte, ist also heute schon auf 14 Stimmen zusammengeschrumpft.

Der reaktionäre Abgeordnete Fabry hatte dem Ministerpräsidenten den Liebesdienst erwiesen, ihn über den neuen Zwischenfall im Dufre-Scandalis zu interpellieren. In kurzer Rede antwortete Lardieu, er habe sich gestern von der Justiz die Akten über die Affäre Dufre zur Einsicht geben lassen. Er habe daraus ersehen, daß die Beziehungen der beiden zurückgetretenen Unterstaatssekretäre zu dem verurteilten Bankier „durchaus normal zu sein schienen“. Man habe also nicht das Recht, „so lange nicht bewiesen sei“, die beiden ungerade anzuschuldigen. Er habe übrigens, so fuhr Lardieu fort, die Führer der Opposition Léon Blum und Daladier sofort von der Demission in Kenntnis gesetzt. Er habe also in voller Loyalität gehandelt und glaube, jetzt von der Kammer das gleiche fordern zu dürfen.

Geheimnisse um das Kriegsmaterial.

Nur ein Teil soll veröffentlicht werden.

Genf, 28. November. (Eigenbericht.)

Die vorbereitende Abrüstungskommission hat am Freitag in ihrem Bericht an den Rat einen deutlichen Vorschlag aufgenommen, der Allgemeinen Konferenz als Material einen Überblick über die bestehenden Landrüstungen zu geben. Auf einen Veröffentlichungszwang des lagernden Kriegsmaterials konnte man sich nicht einigen, doch soll das in Dienst befindliche Landkriegsmaterial veröffentlicht werden.

Das Sachverständigenkomitee für Budgetfragen, das die Vorschläge für die budgetäre Begrenzung der Rüstungen ausarbeiten soll, ist aus Vertretern von elf Staaten zusammengesetzt: Deutschland (Ministerpräsident Brüning), Reichsfinanzministerium, Japan, Türkei, Schweden, Finnland, Frankreich, England, Belgien, Italien und Jugoslawien. Es tritt am 11. Dezember zusammen und soll bis zur Ratstagung im Januar die Grundlagen liefern für die Vergleichung der Rüstungsausgaben nach der verschiedenen Kaufkraft

des Geldes, für die Ausgaben von Ländern mit und ohne Rüstungsindustrie und für Rüstungs zur Einschränkung der gesamten Ausgaben für alle Rüstungszwecke.

Sowjetrussische Inflation.

Rubelnoten werden doppelt gedruckt.

Der Washingtoner Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ meldet seiner Zeitung:

„Die amerikanischen Finanzautoritäten stehen vor einem Rätsel. Es sind hier Sowjetrubelnoten im Umlauf, die den von den amerikanischen Stellen der Sowjetunion ausgegebenen völlig identisch sind. Die Noten tragen dieselbe Seriennummer, dieselbe Einzelnummer und dieselbe Jahreszahl. Die Echtheit der Noten ist unbestreitbar.“

Die Sowjetrubelnoten werden also mit derselben Seriennummer, Einzelnummer und Jahreszahl zum mindesten doppelt gedruckt.

Die Sache mit den Hafenkreuzbriketts.

Die Nationalsozialisten haben sich erkundigt.

Der nationalsozialistische Parlamentsdienst hatte die Entscheidung gemacht, daß die Stadt Berlin ihren Erwerbslosen Bezugscheine auf holländische Braunkohlenbriketts gebe. Wir waren genötigt, den Herren eine Deklaration darüber zu erteilen, daß „niederl. Braunkohlenbriketts“ nicht etwa „niederländische“, sondern niederländischer Braunkohlenbriketts seien, und daß niederländische Braunkohlenbriketts nicht existieren.

Die Herren haben sich daraufhin erkundigt, und teilen uns mit: „Wir haben uns an eine Braunkohlenfirma gewandt, die uns mitteilt, daß es unwahrscheinlich sei, daß gerade in Berlin niederländische Briketts abgesetzt würden, da Berlin mit niederländischer Kohle versehen werde. Wenn auch Holland kein eigentliches Kohlenexportierendes Land sei, so bekäme es doch von England auf dem Seewege sehr billige Kohlen, die als Briketts verarbeitet nach Deutschland weitergingen. Es sei also absolut nicht ausgeschlossen, daß in deutschen Gemeinden niederländische Briketts vertrieben würden. Im übrigen ist es immerhin ein Zeichen gesunden Empfindens, wenn Erwerbslose, die annehmen, sie bekämen niederländische Kohlen, sich dabei in erregten Worten Luft machen, auch wenn sie in diesem Falle sich vielleicht geirrt haben.“

Wirklich, sie haben bei einer Braunkohlenfirma nachgefragt — sie sind so gute Kenner der Wirtschaftsgeographie, daß sie von niederländischer Braunkohle noch nichts gehört haben!

Aber zum Troste bleiben ihnen die Briketts aus englischer Steinkohle, die Holland ausführt. Meine Herren! Gestatten Sie uns eine weitere Belehrung: diese Briketts haben nicht die bekannte längliche Form der Braunkohlenbriketts, sie sind entweder regelmäßig achteckig oder eiförmig.

Wenn Sie sich nun trösten, daß dennoch in deutschen Gemeinden holländische Eierbriketts vertrieben werden könnten, so ist das wirklich nur ein kümmerlicher Rest von Ihrer Behauptung, daß Berlin die Erwerbslosen mit niederländischen Briketts versorge. Aber wie wäre es, wenn Sie sich in künftigen Fällen vorher erkundigen würden, damit Ihre schülerhafte Unwissenheit nicht ganz so kraß zutage tritt?

Der Fall Bullerjahn.

Oberreichsanwalt gegen Wiederaufnahme.

Der Fall Bullerjahn ist durch den Vorfall bei der Trauung einer Tochter des Herrn Paul von Gontard der Öffentlichkeit wieder ins Gedächtnis gerufen worden. Man hätte annehmen sollen, daß auch bei den zuständigen Stellen, zumindest was den Strafmaßstab an Bullerjahn bis zur Entscheidung über das Wiederaufnahmegesuch anbelangt, eine mildere Auffassung Platz greifen würde.

Das gerade Gegenteil ist festzustellen. Der Reichsjustizminister Dr. Brauns hat die Verteidigung versprochen, Bullerjahn bis zur Entscheidung über den Wiederaufnahmeantrag im Untersuchungsgefängnis Alt-Moabit zu lassen, um dadurch der Verteidigung die notwendige Möglichkeit zu geben, mit Bullerjahn in Fühlung zu treten. Nach dem Rücktritt Dr. Brauns richtete die Oberreichsanwaltschaft an den staatsanwaltschaftlichen Reichsjustizminister Spiel das Ersuchen, Bullerjahn wieder nach Brandenburg zu überführen. Staatssekretär Böhl hat diese Überführung für den 4. Dezember angeordnet. Der Oberreichsanwalt sträubt sich mit aller Entschiedenheit gegen ein Wiederaufnahmeverfahren. Er hat abermals erklärt, daß das Belangenwerden des ungenannten Kronzeugen an dessen Aussagen nichts ändern würde. Auch die anderen angebotenen Beweismittel der Verteidigung lehnt der Oberreichsanwalt als unerschütterlich ab.

Im übrigen spielt der Fall Bullerjahn bereits in Frankreich eine Rolle. Es ist eine Intervention des französischen Kammerdeputierten Henri Guernut zu erwarten, der von der Regierung darüber Auskunft verlangen wird, ob Bullerjahn der Verräter des fraglichen Waffenlogers gewesen ist oder nicht. Guernut, der Generalkonzeiler der französischen Liga für Menschenrechte, hat sich vor einiger Zeit in einem ansehensreichen Artikel im „Deuxieme“ über den Fall Bullerjahn geäußert und ihn mit dem Fall Dreyfus verglichen.

Kommunistische Strolche.

Halle'sche Konsumvereinsmitglieder schwer mißhandelt.

Halle, 28. November. (Eigenbericht.)

Der Kampf um den Allgemeinen Konsumverein Halle, der sich jetzt in kommunistischen Händen befindet, nimmt geradezu gemeingefährliche Formen an. Am Freitag wurde z. B. in einem Boreort von Halle eine Versammlung von Genossenschaftlern von einer etwa 100 Mann starken Horde Jungkommunisten überfallen. Auf das Kommando: „Los, wir haben die Verräter raus!“ wurde der Referent von hinten geschlagen, getreten und dann aufs Strohhempflaster geworfen. Einem anderen alten Genossenschaftler wurde das Gesicht zerkratzt.

Diese „proletarische Abtreibungsaktion“, wie das kommunistische Blatt „Klassenkampf“ in Halle diesen Überfall nennt, stand unter der Leitung eines gewissen Herrn W. B., der kürzlich eine Hochzeitsgesellschaft überfiel und mit einem Messer drei Arbeiter lebensgefährlich verletzte. Nach diesem Überfall schrieb der kommunistische „Klassenkampf“ heinerzeit: „Von solchen Elementen, wie diesem Strolch, sagen wir uns los und bußen sie nicht in unseren Reihen.“ Am Freitag wurde der Strolch benutzt, um proletarischen Klassenkampf im Sinne der K.P.D. zu propagieren.

Landvolkprozeß in Königsberg.

Hamtens gegen Aufreißung zur Steuerverweigerung angeklagt.

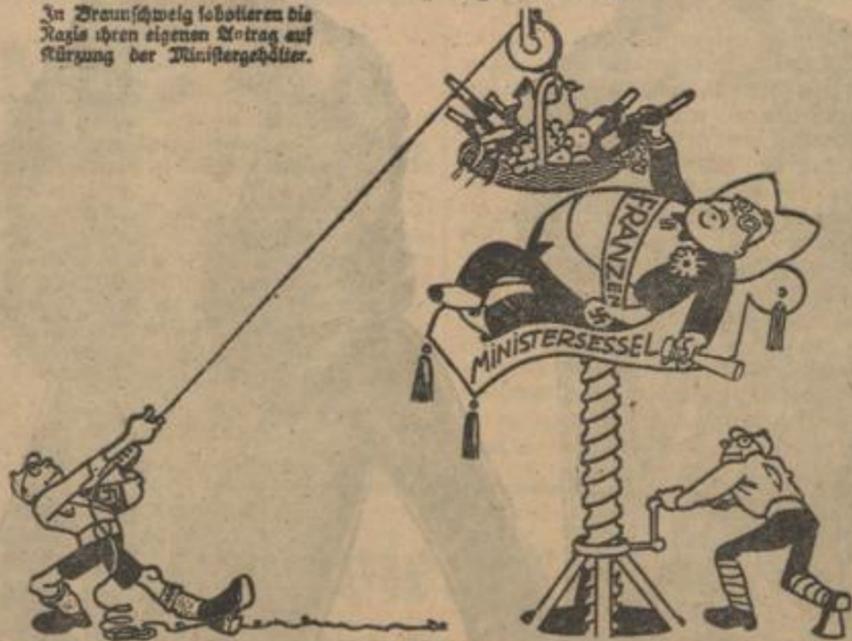
Königsberg, 28. November.

Vor dem erweiterten Schöffengericht begann heute vormittag unter Aufsicht von etwa 70 Zeugen die Hauptverhandlung gegen den Hofbesitzer Wilhelm Hamtens aus Letzenbüll (Schleswig-Holstein). Die Dauer des Prozesses ist mit fünf Tagen vorgesehen. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Queigeburne aus Göttingen, der aber wegen Erkrankung nicht erschienen ist. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, im Februar d. J. Ostpreußen bereist und in Versammlungen zur Steuerverweigerung aufgehetzt und auch die Mitglieder der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung, insbesondere den Landwirtschaftsminister Steiger, beleidigt zu haben.

Nach Eröffnung der Verhandlung erklärte der Angeklagte Hamtens, er verweigere vor diesem Gericht jede Auskunft über Personalia und zur Sache.

Dienst am Franzosen.

In Braunschweig lobolieren die Nazis ihren eigenen Vortag auf Kürzung der Ministergehälter.



„Seht nur, wie wir Nazis unsern eigenen Minister den Brotkorb höher hängen!“

Mussolini befiehlt Lohnsenkung.

8 Prozent für die Arbeiter. — 8 bis 10 Prozent für die Angestellten.

Eine „Vereinbarungs“-Komödie.

Rom, 29. November.

Die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmerverbände der Industrie haben dem Regierungschef eine Vereinbarung zur Genehmigung unterbreitet, wonach ab 1. Dezember die Löhne der Arbeiter um acht Prozent und die Gehälter der Industrieangestellten um acht bis zehn Prozent herabgesetzt werden.

Eine elende Komödie! Die Arbeitnehmerverbände, das sind die berüchtigten „Korporationen“, sind keine Gewerkschaften zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter, sondern staatliche Körperschaften, die von der Regierung abhängig sind.

Mussolini hat eine achtprozentige Senkung der ohnehin schon niedrigen Löhne befohlen, sie wird jetzt in der vorgelegten Form einer freien „Vereinbarung“ mit den Arbeitgebern beschlossen, die angeblich dem „Duce“ zur nachträglichen Genehmigung unterbreitet wird. Dieses abgekartete Spiel wird niemanden in der Welt, und am allerwenigsten in Italien selbst, täuschen.

Sand in die Augen.

Rom, 28. November.

In Verfolg der Preisentwertungsaktion hat der Kammerausschuß heute eine zwölfprozentige Herabsetzung der Abgeordnetenlöhne beschlossen.

Der Vorsitzende des faschistischen Industriellenverbandes hat beschlossen, alle Aktiengesellschaften aufzufordern, die Löhne der Vorstehenden und Verwaltungsräte um 25 Prozent zu kürzen. Die Leiter der industriellen Unternehmungen haben ihrerseits eine zwölfprozentige Kürzung ihrer Gehälter beschlossen.

Ab 1. Dezember werden die Eintrittspreise der Theater und Kinos um 10 Prozent ermäßigt.

Fünf Jahre wegen „Gefinnung“.

Faschistische Verbannungs- und Gefängnisurteile.

Rom, 28. November. (Eigenbericht.)

Der frühere liberale Minister Belotti, dessen Verhaftung kürzlich großes Aufsehen erregte, ist jetzt von der Provingialkommission in Mailand zu fünf Jahren Verbannung verurteilt worden. Als Grund wird in einer offiziellen Mitteilung antisozialistische Tätigkeit angegeben. Sie soll darin bestanden haben, daß Belotti in einem Briefwechsel mit dem früheren Premierminister Bonomi, der eine liberale Zeitschrift gründen wollte, aber auf freiem Fuß belassen wurde, rückhaltlos seine antisozialistische Gefinnung geäußert hat. Der Prozeß, der gegen Belotti erwartet wurde und manchen Aufschluß über die innere Politik Italiens hätte geben können, ist durch die Verbannung vermieden worden.

Die gleiche Mailänder Kommission hat jetzt auch den früheren Oberbürgermeister von Mailand, Professor Belloni, auf fünf Jahre in die Verbannung geschickt. Dieser „Gefinnung“ konnte in dem bekannten Mailänder Skandalprozeß nicht den Beweis widerlegen, daß er sich mit vielen Millionen Bestechungsgeldern während seiner Amtszeit bereichert hat. Man ließ ihm noch viele Monate seine Freiheit und sein Geld. Jetzt scheint er aber so unbedeutend geworden zu sein, daß man ihn in die Verbannung schickte.

Aus der Gerichtschronik ist ferner mitzuteilen, daß unter vielen Prozeßen, die das Sondertribunal gegen Mitglieder der verbotenen kommunistischen Partei durchführt, am Freitag zwei Mitglieder sehr bekannter römischer Familien zu je 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurden. Die beiden jungen Doktoren Rossi-Doria und Sereni hatten von der Pariser Zentralstelle der Kommunisten den Auftrag übernommen, in Neapel eine kommunistische Partei ins Leben zu rufen. Das soll ihnen zum Teil gelungen sein. Das Wertwürdige ist, daß beide an einem landwirtschaftlichen faschistischen Institut lehrten und Jahre hindurch Studiengelder von der faschistischen Partei bezogen. Auch ihre Auslandsreisen wurden auf diese Art finanziert und ermöglicht.

Vor der Bergbauausperrung.

Lehter Vermittlungsversuch der Labourregierung.

London, 28. November. (Eigenbericht.)

Die am Freitag geführten Verhandlungen zwischen den englischen Grubenbesitzern und den Bergarbeitern wurden nachmittags ergebnislos abgebrochen. Die Vermittlungsvorschläge der Grubenbesitzer wurden von den Bergarbeiterdelegierten abgelehnt. Die Regierung wird in der Nacht zum Sonntag versuchen, die Parteien noch einmal zu einem Verhandlungstilg zu bringen. Scheitert auch dieser Versuch, dann wird die Aussperrung der 300 000 Bergarbeiter am nächsten Montag in Kraft treten.

Diktatur ist unchristlich.

Klerikale Arbeiter gegen Heimwehrprogramm.

Wien, 28. November.

Die Reichskonferenz der christlich-sozialen Arbeiter und Angestellten Oesterreichs hat nach einem Referat des Abg. Kunzhal eine Entschlieung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Reichskonferenz erwartet, daß sich die christlich-soziale Partei bei allen Entscheidungen voll und ganz an die christlich-sozialen Grundätze gebunden erachtet und stets im Geiste derselben allen Bestrebungen entgegentritt, die diesen Grundsätzen selbst um den Preis des Bürgerkrieges die Aufreißung einer Diktatur erstreben.

Die Heimwehr verlangt in der neuzubildenden Regierung das Innenministerium. Es ist recht unwahrscheinlich, daß der Schuber-Bloch an einer Regierung mitmacht, die dem Hitler-Jüngling Starhemberg oder einem seiner Brautbräutigam die Verwaltung und die Polizeigewalt ausliefert.

Kopenhagener Faschistenverein gestürzt. In Kopenhagen ist unter großen Tumulten eine nationalsozialistische Partei gegründet worden. Die Gründungsversammlung war kaum eröffnet, als ein großer Trupp junger Kommunisten das Versammlungsgelände stürmte. Der Vorsitzende der Versammlung alarmierte sofort die Polizei. Als sie eingreifen wollte, kam es zu einer heftigen Schlägerei mit den neugeborenen Nazis. Mehrere Kommunisten wurden verhaftet, zahlreiche verletzt.

Aktualisierte Bildungsarbeit.

Die Novembernummer unserer zentralen Bildungszeitschrift „Sozialistische Bildung“ ist fast vollständig auf die neuen Aufgaben eingestellt, die durch die verschärfte politische Situation für die Bildungsarbeit in den Vordergrund getreten sind. In einem Aufsatz „Verfälschte Allwissenheit“ begründet A. Stein die Richtlinien für die sozialistische Bildungsarbeit, die neuerdings vom Reichsausschuß angenommen worden sind. In zwei weiteren Aufsätzen von O. Jensen „Aktualisierte Bildungsarbeit“ und E. Frankel „Antifaschistische Aufklärungsarbeit“ werden im einzelnen die Aufgaben der jetzt notwendig gewordenen Bildungsarbeit umrissen. Einen wichtigen Beitrag zur Kennzeichnung der Geistesverfassung der akademischen Jugend liefert O. Uhlig in seinem Artikel „Die sozialistische Bindung der höheren Schule“. Von Interesse sind ferner die Aufsätze von A. Friedjung „Der Arbeiter in Versammlung und Betrieb“ und von H. Frister „Wirtschaftlich rechtliche Schulung der Arbeiterklasse“. Die von A. Gärtner zusammengestellten Programme für Weihnacht- und Jahresendfeiern werden den Praktikern sicherlich willkommen sein, ebenso auch die zahlreichen Besprechungen von Kinder- und Jugendbüchern, die in der Beilage „Bücherwarte“ veröffentlicht werden.

Aus der Beilage „Sozialistische Erziehung“ sei vor allem auf den instruktiven Aufsatz von H. Büche „Das kulturpolitische Gesicht des Nationalsozialismus“ hingewiesen, der eine Auseinandersetzung mit den programmatischen Forderungen der Nationalsozialisten enthält.

Die „Sozialistische Bildung“ ist mit ihren Beilagen „Bücherwarte“ und „Sozialistische Erziehung“ zum Preise von 1,50 M. für das Vierteljahr durch die Post, die Buchhandlung Dieck, Lindenstr. 2, sowie durch alle „Vorwärts“-Expeditionen zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf.

Bassanelli aus der Schweiz ausgewiesen. Der schweizerische Bundesrat hat beschlossen, die Antifaschisten Bassanelli, Tarhiani und Rosselli aus der Schweiz auszuweisen. Die beiden letzteren haben sich nach Beendigung des Prozesses in Lugano sofort wieder nach Paris zurückbegeben; Bassanelli hat noch bis Anfang Dezember seine Gefängnisstrafe abzuhängen.

Streik und Brechen. Die Vorlage des Ministeriums über einen Staatsvertrag betreffend den Anschluß an Brechen wurde nach längerer Aussprache einem neungliedrigen Ausschuss überwiesen.

Seemann in Not.

In sechs Tagen 18 Personen von deutschen Küstenstationen gerettet.

Die letzte schwere Sturmperiode brachte für die Mannschaft der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger harte und aufopferungsvolle Arbeit. Es wurden in der Zeit vom 9. bis 14. November insgesamt 18 Personen von verschiedenen Stationen der Nord- und Ostküste der See entlassen. Am 9. November wurde durch das Motorrettungsboot „Heinrich Stalling“ der Rettungsstation Fedderwarderfiel von dem Langlütjen-Sand (Wefermündung) gestrandeten Fischerboot 2 Menschen, am 10. November von dem Rettungsboot der Station Horumerfiel an der Jademündung 5 Personen von dem auf Mellum gestrandeten Motorfischkutter „Diana“ und am 14. November von der Offestation Roskitten 11 Personen des gestrandeten lettländischen Dampfers „Caimons“ durch den Raketenapparat der Station gerettet.

Wid braust der Novembersturm über See und Küste. Er singt sein gewaltiges Lied in den Hängen des Dünengürtels, preßt Strandhafer und Riedgras platt in den kraligen Sand, läßt mächtig die Grundsee über Sänden und Bänken wachen und legt über den weißen Todesgürtel der Brandung einen dichten Schleier von Wasserhaub. Weit hinein ins Land hinter den schützenden Deich dringt das Brüllen der Brandung. Das gibt Arbeit für die Retter in Seenot. Wehe dem Fischerfahrzeug, das Sturm und Strömung auf die Sände warf, das in den Bereich wildlaufender schwerer Grundseen kam. Hier hält kein Anker. Die Brandungsgesee beginnt ihr vernichtendes Werk an Schiff und Menschen. Der Tod bereitet die Ernte vor. — Aber da sind sie, die ihre schweligen Fischerfäuste, ihr Leben, in den Dienst des Rettungswertes stellen. Immer ist die Rettungsmannschaft der Küstenstationen bereit, hinauszugehen in Sturm und Brandung. Nicht klingender Lohn, nicht einmal besondere Anerkennung winkt. Selbstverständlich wie das Rettungswort, bleibt auch seine Wertung. Nur zwischen den Zeilen der Berichte kann man lesen, was geleistet wurde und daß Männer ihr Leben immer und immer wieder einlegen in stiller Pflichterfüllung.

Berichte über Rettungsfahrten.

Der Bormann A. Jens von der Rettungsstation Reufeld an der Nordsee berichtet über die Bergung des deutschen Motorfischerfahrzeugs „Lili“:

„Am 12. Uhr erhielt ich telephonisch die Nachricht, daß ein Fischerfahrzeug unterhalb des Süderlochs an den Norder-Gründen in Seenot sei und Notsignal zeige. Ich ließ sofort das Rettungsboot bemannen und fuhr mit 8 Mann Besatzung um 12 1/2 Uhr von Station. Sobald ich freies Wasser hatte, legten wir die Segel mit bei, es stand eine grobe See, unser Boot nahm Wasser, aber die Selbstentleerungsvorrichtungen konnten es übermächtigen. Um 14 Uhr waren wir zur Unfallstelle, das Fahrzeug lag etwa 40 Meter vor den Gründen in der Brandung vor Anker, es arbeitete schwer und nützte Wasser, Segel und Motor waren unbrauchbar geworden, hatte somit bei absteigendem Wind und schwerer See nicht freikommen können und unteren müssen. Ich ließ die Segel von unserem Boot bergen und fuhr mit Motorkraft auf Aufnahme an das Wrack, an dessen Bord war ein Mann, der völlig durchnäßt und halb erstarrt am Pumpen war, um sein Schiff über Wasser zu halten, denn es ging um sein Leben. Der Schiffbrüchige bat uns, wir möchten doch auch sein Schiff bergen, er hatte nichts verlohren. Da Sturm und See noch stärker wurden und auch schon Ebbe einsetzte, entschloßen wir uns kurz, einen Ankerwurf zu machen. Es ging soweit alles gut, wir hatten in der schweren Grundsee bald Verbindung usw. Aber wie wir etwa 100 Meter das Fahrzeug von den Gründen frei hatten, brach der Schiepper. Ich wendete sofort wieder mit unserem Boot, um ans Wrack zu gelangen. Wie

wir dems See liegen, gibts viel Wasser über. Unser Motor bleibt stehen und will nicht wieder anspringen. Durch tatkräftiges Eingreifen der beiden Ernjahmonteure waren schnell trodene Reservekerzen eingeschaltet und der Motor lief wieder aufs beste. Fahren unter See am Wrack, geben mittels einer Wurfleine unser Rettungstau über, sein Anker wird gelichtet, lasse nun unser Segel mit beisehen, sind dann glücklich mit Mann und Wrack um 16 1/2 Uhr auf Station, 17 Uhr Rettungsboot wieder fest im Schuppen; es hat sich in jeder Weise gut bewährt.“

Der Bormann Liark von der Rettungsstation Horumerfiel berichtet am 10. November 1930:

Milch wieder teurer.

Eine nette Preisfökung, die gerade eine Woche währte.

Nachdem vor kaum 14 Tagen das Reichsernährungsministerium in langwierigen Verhandlungen mit den Vertretern des Nahrungsmittelhandels einige wenige Zugeständnisse, die Preise zu senken, erreicht hatte, muß heute festgestellt werden, daß auf dem Lebensmittelmarkt die Preise für viele Nahrungsmittel steigende Tendenz zeigen.

Die Milch, die in Berlin um 2 Pfennig gefallen war und 28 Pfennig kostete, wird vom heutigen Sonnabend an wieder 30 Pfennig kosten. Der Verband des Berliner Milchhandels weist darauf hin, daß er selbst keine neue Verteuerung der Ware vorgenommen habe, sondern daß die Produzenten, also die Landwirte, ihre Verkaufspreise von 17 auf 19 Pfennig heraufgesetzt haben.

Für Eier werden nicht nur in Berlin gegenwärtig Rekordpreise gezahlt. Wenn auch in jedem Winter eine Preissteigerung für dieses wichtige Lebensmittel eingetreten ist, so haben doch in den vorangegangenen Jahren die Preise niemals eine solche Höhe erreicht wie jetzt. Für frische Trinkener werden 24 bis 25 Pfennig gezahlt. Die billigeren Rühneier, meist Auslandsware, sind fast überhaupt nicht zu haben. Da frische Inlandener im Sommer 13 bis 15 Pfennige kosteten, haben sich die Preise also jetzt nahezu um 100 Proz. erhöht.

Ebenso verhält es sich mit den Geflügelpreisen. Fast unmittelbar nach der Senkung des Preises für Schweinefleisch und für Seefische zogen die Preise für Geflügel leicht an. Im allgemeinen kosten Hühner in Berlin jetzt 5 bis 10 Pfennig pro Pfund mehr als noch vor einem Monat, und die geringere Ware, namentlich aber Gefrierware, kommt fast überhaupt nicht auf den Markt.

Die Obstpreise haben ganz erheblich zugenommen. Der Obsthandel behauptet, daß nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Europa und sogar in Amerika eine Mißernte in Äpfeln und Birnen zu verzeichnen sei. Die geringen Vorräte, die noch vorhanden seien, würden von den Produzenten nur zu hohen Preisen abgegeben.

Man darf nun gespannt sein, was das Reichsernährungsministerium zu der standstilligen Erhöhung der Milchpreise sagt.

So verhindert man Preisabbau.

Die Städtungs-Gesellschaft m. b. H. „Stadt und Land“, Berlin W. 9, schreibt uns: Wir haben unseren Mietern billige Kohlen und billiges Brennholz dadurch verschafft, daß wir dem Kleinhandel sowohl den Trans-

port erleichtert und verbilligt als auch durch die Zahlung unsererseits das Risiko übernommen haben. Der Kleinhandel war einsichtig genug, uns die gemachten Ersparnisse zugute kommen zu lassen, die wir dann wieder unseren Mietern durch billige Preise gutschrieben. Das aber pöhte der Arbeitsgemeinschaft des Berliner Briketthandels nicht, die eine Klage gegen unsere liefernden Firmen einreichte. Folge: 500 Mk. Geldstrafe für das Verbrechen, den Preisabbau von der Rede in die Tat umgesetzt zu haben.

Die Polizei will helfen.

Der Polizeipräsident teilt mit, um die Preisfökungssaktion der Reichsregierung zu fördern, hat der Polizeipräsident angeordnet, daß ein höherer Beamter des Polizeipräsidentiums unter Freistellung von seinen bisherigen amtlichen Geschäften mit der besonderen Bearbeitung aller einschlägigen Fragen betraut wird. Als besondere Sachbearbeiter für alle Fragen der Preisfökung sind Oberregierungsrat Dr. Hey und Assessor Berger bestimmt worden. Oberregierungsrat Dr. Hey hat die Befugnis erhalten, alle einschlägigen Fragen ohne Rücksicht auf Abteilungs- zuständigkeiten selbständig zu bearbeiten.

Zwiesprache im Radio.

Vor dem Mikrophon der Deutschen Welle fand ein Zwiesgespräch zwischen Frau Dr. Lüders und Dr. Joachim Tiburtius, dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels und Mitglied des Reichswirtschaftsrats, über die Frage: „Senkung der Lebensmittelpreise“ statt. Dr. Tiburtius erklärte, daß mancher Schaden auch durch das „Fankarenblaken“ als gerichtet sei, wonach mir alles billiger werde. Demgegenüber sei aber auch Hausmacheri verwerflich. Vergleiche man 1929 mit 1930, so sei eine Verminderung der Lebenshaltungskosten eingetreten. Das Vorurteil der Hausfrauen gebe dahin, daß doch nichts billiger geworden sei. Eine wirkliche Preisfökung könne nur durch einen Abbau der Gesamtheit der Unkosten herbeigeföhrt werden. Niemand aber sei der Einzelhandel hierin für einen einseitigen Abbau der Böhne eingetreten. Frau Dr. Lüders sagte, daß der Konsumient in der Tat sehr wenig von der Preisfökung spüre. Vielleicht lege das aber auch daran, daß der Mensch von heute wenig mit dem Pfennig rechne. Besonders verstimmt seien die Unterschiede in den Stadtvierteln, wo die Hausfrauen Preischwankungen bis zu



Bald war ein halbes Jahr um und der Spätsommer stand vor der Tür.

Kängst hatte Ludwig den Wechsel des Bierwirtes eingelöst und auch seinem Vater die dreihundert Mark zurückgezahlt. Freilich ärgerten ihn die hundertfünfzig Mark Zinsen, die er dem Beizer hatte nachschmeihen müssen. Aber er verschmerzte sie, indem er an die ansehnliche Rücklage dachte, die er mit Hilfe des geliehenen Geldes hatte machen können.

Sogar die Schulden beim Holzhändler waren abgedeckt. Seine kleine Meißerei stand jetzt auf soliden Füßen.

Das merkte auch Maria, die alle seine Fortschritte mit wachsender Aufmerksamkeit verfolgt hatte, und jetzt alle Register ihrer weiblichen Künste zog, um Ludwig zur baldigen Heirat zu bewegen.

Doch er wollte noch nicht. „Warte noch ein halbes Jahr“, sagte er, „bis ich besser fundiert bin. Heiraten kostet Geld und das Verheiratersein ebenfalls. Meine Kasse kann so nen Stoß heute noch nicht aushalten. Da muß sie erst kräftiger sein!“

Maria ärgerte sich, daß ihr Lächeln anscheinend nicht mehr die alte Gewalt hatte. Sie schmollte, und als er eines Sonntags abends, der einzigen Zeit, wo er ausspannte, Liebe von ihr haben wollte, verweigerte sie sich ihm.

Er hatte eine Heilandswut. Ra, die Wöhre sollte schon noch lusch werden, und wie zum Trost stellte er eiliche Tage später einen Gesellen an, der ihm von einem bekannten Meister empfohlen worden war.

Sandow, wie der Neue hieß, fiott, fünfundzwanzigjährig, führte sich gut ein. Er verstand jedes seiner Worte, ohne daß Ludwig viele Erklärungen zu machen brauchte. Handwerkerlich war er Ludwig überlegen. Er hatte eine Bombenruhe, nichts konnte ihn in Aufregung bringen; dabei arbeitete er aber wie ein Beseßener.

Bald schaffte Ludwig bedeutend mehr Arbeit heraus. Das wirkte sich auch finanziell aus und Ludwig war froh, endlich

seinen langgehegten Wunsch, einen Gesellen zu halten, ausgeführt zu haben.

Vater Eisermann wurde von da ab noch stolzer auf seinen Sohn.

Jedem, mochte er's wissen oder nicht, erzählte er, daß sein Ludwig ein Patenkerl sei, ein Meister, wie ihn der Berliner Boden brauche. Hell, gewekkt. Der würde es zu was bringen.

Dank der unermülich bearbeiteten Reklametrömel des Alten wurde der Junge bald eine geachtete Persönlichkeit, nicht nur in der Gürtelstraße und im engeren Umkreis, sondern auch in den benachbarten Vororten.

Da die Handwerksmeister seines Fachs zu einem Glase Bier zusammentamen, erzählten sie von Ludwigs raschem Aufstieg, und als er gar kurze Zeit danach noch zwei Gesellen einstellte, kamen die kleineren Kräuter aus dem Mund aufreihen gar nicht mehr heraus.

Was den Holzhändler anging, den vermöglichsten Mann im Viertel, so zog der, wenn er dem jungen Eisermann begegnete, nicht nur den Hut vor ihm, sondern machte auch eine schwingungvolle Verbeugung.

Er konnte sich das leisten; der Tischlermeister war in der letzten Zeit sein bester Kunde geworden.

Ludwigs Ruf wirkte sich aus. Bald brauchte er keinen Aufträgen mehr nachzusteuern; man kam damit zu ihm ins Haus.

Vor allem überschütteten ihn die Bauherren mit Arbeiten. In der Umgebung wuchsen die Miethäuser wie Pilze aus der Erde. Eine wahre Baumut hatte alle Menschen erfasst, die einige tausend Mark besaßen.

Ganze Straßenzüge entstanden in den Vorstädten. Den Bauspekulanten blühte der Weizen wie noch nie. Auch Schwindelunternehmungen schossen hoch. Manche Handwerksmeister lühten dadurch Hab und Gut ein.

Ludwig, als vorsichtiger Mensch, nahm nur solche Aufträge an, wo er seines Geldes sicher war. Trotz seiner verhältnismäßig jungen Jahre war er doch nicht mehr der unerfahrene Anfänger, der sich von der Größe eines Auftrags blenden ließ und darüber die sichere Kalkulationsgrundlage vergaß. Ein zweites Mal fiel er nicht auf einen Himmelsbach herein.

Er war ein kühler überlegender Rechner geworden, der aus seiner Tätigkeit in der Werkstatt, noch mehr aber durch den Umgang mit Lieferanten und mit Meistern seines Faches, seine Erfahrungen schöpfte. Dadurch wuchs seine Sicherheit.

Wirklich, er konnte sich sehen lassen. Es hatte schon seinen Grund, warum der Holzhändler, der reiche, den Budel so trumm machte.

Ludwig wurde eingebildet auf seinen Betrieb. Er nahm das schnelle Hochwachsen als ureigenstes Verdienst in Anspruch. Sein Kopf, seine Hände, seine Tüchtigkeit hatten das alles geschaffen.

Wie stark die Umstände ihn begünstigten, daran dachte er nicht.

Hätte ihm jemand gesagt: „Menschenskind, die Grundlagen deines Erfolges hast du deinem Vater zu danken, der unter Einsatz seiner eigenen Existenz für dich eingesprungen ist, der sich für dich die Haden abgelaufen hat!“ so würde er darüber gelacht haben.

Ludwig war noch sehr jung. Er sah in allem eben nur sich, und dies, soviel steht fest, ist der hervorsteckendste Charakterzug alles dessen, was jung ist: sie sehen nur sich.

Eines schönen Tages, Ludwig war eben von einem Bau heimgekommen und arbeitete in der Werkstatt, kam Himmelsbach, Schreibtische en gros.

Der große stattliche Mann war elegant wie immer. An seinen wohlgepflegten Händen blitzten womöglich noch mehr Brillanten.

„Guten Tag, Herr Eisermann!“ Seine Stimme war süß. Dieser Ton ärgerte Ludwig. Nicht wie Syrup kam er ihm vor, eher wie Fliegenseim. Ra, soviel war sicher, er würde ihm nicht mehr draufgehen, er nicht! Raun gab er Antwort. Himmelsbach schien seine laure Miene gar nicht zu sehen. Unbekümmert quatschte er darauf los:

„Donnerwetter, Meister. Sie haben ja allerhand Arbeit, und den Betrieb voller Leute. Auch Maschinen, sieh mal einer an. Hätte ich gar nicht gedacht in so kurzer Zeit. Ja, wenn man fleißig ist...“

Ludwig ärgerte sich über die Schmalzrederei. Grob fuhr er Himmelsbach an:

„Natürlich, wenn ich Ihre Klamotten weiter gemacht hätte, sähe ich heute nicht hier, sondern im Friedrichsberger Wassergraben bei den Pennbrüdern!“

„Ra, so schlimm, wie Sie da sprechen, ist es nicht, Meister Eisermann.“

„Das ist Tatsache, Herr Himmelsbach. Anderen, die dümmer waren als ich, wird es bei Ihnen wohl so ergangen sein!“

(Fortsetzung folgt.)

17 Milliarden Gesamtverschuldung

9 bis 11 Milliarden Forderungen. — 26 bis 27 Milliarden Schulden.

Im neuesten Heft von „Wirtschaft und Statistik“ findet sich eine instruktive Uebersicht „Deutschland in der internationalen Kapitalverflechtung“, in der die Höhe der deutschen Schuldenlast und der Umfang der deutschen Kapitalanlagen im Ausland zahlenmäßig entwickelt und gegenübergestellt sind. Wir geben im folgenden die Haupttabelle wieder:

Deutsches Auslandsvermögen und ausländisches Vermögen in Deutschland Ende September 1930 (in Milliarden M.).

Art der Anlagen	Deutsches Vermögen im Ausland	Ausländisches Vermögen in Deutschland	Saldo
Kurzfristige Schulden und Forderungen	4,8 bis 5,5	10,8 bis 11,5	- 6,0
Langfristige Schulden und Forderungen	0,75 bis 1,0	9,3	- 8,3 bis 8,55
Beteiligungen und Filialen Grundbesitz	3,25 bis 4,0	4,0	- 2,0 bis 2,75
Insgesamt	8,8 bis 10,8	26,1 bis 27,1	- 16,3 bis 17,3

Heute hat Deutschland — das ist das Gesamtergebnis der erwähnten Untersuchung — im Ausland kurz- und langfristige Anlagen von 8,8 bis 10,8 Milliarden Mark, während seine Schulden ans Ausland 26,1 bis 27,1 Milliarden Mark betragen. Verglichen mit der Vorkriegszeit und unter Berücksichtigung der Geldentwertung ist also der Bestand deutscher Auslandsanlagen auf ein Viertel zusammengeschrumpft, während sich der Verschuldungsstand etwas mehr als verdoppelt hat. Für heute ergibt die Aufrechnung der beiden Gegenposten eine Verschuldung von 16,3 bis 17,3 Milliarden Mark zu Deutschlands Lasten.

Die kurzfristige Verschuldung der deutschen Banken betrug Ende 1926 erst 3 1/2 Milliarden, Ende 1929 bereits 8,8 Milliarden Mark. Einschließlich sonstiger kurzfristiger Verbindlichkeiten ergibt sich eine Gesamtsumme von 10,8 bis 11,8 Milliarden. Die langfristigen Anleihen Deutschlands beschränkten sich Ende 1924 in der Hauptsache auf die Dawes-Anleihe des Jahres 1924 hat der Bestand langfristiger Auslandsanleihen den hohen Betrag von 9,3 Milliarden Mark erreicht. Eine dritte Form der Verschuldung neben den lang- und kurzfristigen Anleihen ist die direkte Beteiligung an deutschen Gesellschaften und das ausländische Eigentum an Unternehmungen und Grundstücken. Die ausländischen Kapitalanlagen in Grundstücken werden auf 2, die Anlagen in Form von Tochtergesellschaften und Kapitalbeteiligungen auf 4 Milliarden Mark geschätzt.

Addiert man die verschiedenen Verschuldungsziffern, so kommt man zu der oben erwähnten Ziffer von 26,1 bis 27,1 Milliarden Mark, der die genannten 8,8—10,8 Milliarden deutschen

Forderungen gegenüberstehen. Das Ausland hat diese Anlagen nicht aus Liebe zu Deutschland gemacht, sondern um aus ihnen Gewinn zu ziehen. Dieser Gewinn fließt bei den Anleihen in Form von Zinsen, bei den Kapitalbeteiligungen in Form von Dividenden, bei den Grundstücken in der Hauptsache in Form von Mietüberschüssen und Pachtzinsen tausend ins Ausland. Rechnet man grob mit einem durchschnittlichen Verzinsungssatz von 6 Proz. bei Schulden und Forderungen, so beträgt die Netto-Zinslast, die Deutschland zur Zeit jährlich ans Ausland zu zahlen hat, rund eine Milliarde Mark.

Fehlerhafte Verschuldung.

Fragt man sich angesichts dieser großen Verpflichtungen, ob es unbedingt notwendig war, sich in diesem Umfang zum Schuldner des Auslands zu machen, so muß wenigstens hinsichtlich mancher langfristigen Industrieverschuldung mit Nein geantwortet werden. Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß für Rationalisierungs-zwecke vielfach zu große Kapitalien in neuen Betriebsanlagen und Maschinen angelegt worden sind, die in ihrem jetzigen gewaltigen Umfang in absehbarer Zeit nicht voll ausgenutzt werden können. Die Gegenseite dieser Ueberrationalisierung durch Ueberkapitalisierung, bei der noch die unbedingt notwendige Preisentwertung unterlassen wurde, ist das jegliche Fehlern von Arbeitsermittlungen.

Hierzu kommt als Zweites die Kapitalflucht. Alle jene verantwortungslosen Schichten, die ihre Ersparnisse und ihr Vermögen aus Angst oder Steuerfurcht ins Ausland schafften, entziehen der Volkswirtschaft die Mittel, deren sie bedarf. Die Kapitalflucht vergrößert den Zwang, auch normalen Kapitalbedarf bei ausländischen Kapitalisten zu decken. Die in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichte Untersuchung errechnet die Höhe der deutschen Kapitalanlagen im Ausland auf 8,8 bis 10,8 Milliarden Mark, wovon 4,8 bis 5,8 Milliarden kurzfristige und 4 bis 5 Milliarden langfristige Anlagen sind. Natürlich sind diese Summen nicht mit „Kapitalflucht“ identisch. Es läßt sich auch kaum ermitteln, welcher Teil dieser Summe wirklich produktiven Zwecken und welcher für Zwecke der Steuerhinterziehung und der eigentlichen Kapitalflucht gedient hat.

Die in der privaten Verschuldung entspringenden deutschen Zinsen- und Dividendenzahlungen an das Ausland haben die Tendenz zu wachsen. Es ist bei diesem Stand der Dinge einseitig, lediglich über die Höhe der Reparationszahlungen zu klagen und von den drückenden, teilweise fehlerhaft eingegangenen privaten Verschuldungen zu schweigen. Die Tatsache, daß die deutschen Kapitalisten für die Höhe der privaten Verschuldungen in doppelter Form verantwortlich sind, teils in Form zu hoher und teilweise fehlerhafter Investierung, teils in Form der deutschen Kapitalflucht, sei allen jenen Kreisen, die sich nur auf Proteste gegen die Reparationszahlungen beschränken, zum angelegentlichsten Studium empfohlen.

geföhrt werden. Ein der Regierung nahestehendes Warschauer Blatt hat erklärt, daß die Zollerhöhungen das Ziel verfolgen, „ein gewisses zollpolitisches Gleichgewicht zwischen Deutschland gegenüber herzustellen“. Ob man diese wirtschaftlichen Maßnahmen der polnischen Regierung als Druckmaßnahme wegen der von Deutschland erhobenen Vorstellungen beim Völkerverbund ansehen muß? Der Gedanke liegt sehr nahe.

Ruhrgas A.G. ist bescheiden geworden. Sie hat keine Bauprojekte mehr, weil offenbar das Geld fehlt

Bier Jahre lang hat die Ruhrgas A.G. für den Sieg des Gedankens der Zehnjahresversorgung in Deutschland gekämpft. Alle paar Monate wurde die Deffentlichkeit mit Siegesnachrichten überreicht. Kürzlich mußte in einer Versammlung der an der Ruhrgas A.G. beteiligten Zehnjahresbesitzer zugegeben werden, daß das ganze Unternehmen doch eine große Enttäuschung war. Jetzt meldet die „Frankfurter Zeitung“ aus Essen, daß die Ruhrgas A.G. schon im Oktober eine Einschränkung ihrer Bauabteilung vorgenommen habe, und daß in absehbarer Zeit noch eine weitere Einschränkung erfolgen werde. Hinzugefügt wird, daß größere Bauprojekte für die nächste Zeit nicht mehr bestehen. Es scheint also faktisch auch mit den Expansionswillen der Ruhrgas A.G. zu Ende zu sein, nachdem die bisherigen „Erfolge“ offenbar alles weniger als ein Geschäft waren. Die beteiligten Zehnjahresbesitzer haben anscheinend die Lust verloren, noch weiterhin Kapital in die Unternehmung zu stecken und gutes Geld schlechtem Geld nachzuwerfen. Diesen Ausgang haben wir lange vorausgesehen, und wir erleben heute die Genugtuung, daß unser Kampf gegen die Zehnjahresgasversorgung über das engere Kohlengebiet an Ruhr und Rhein hinaus nicht umsonst gewesen ist.

Horch-Werke müssen sanieren. Zusammenarbeit mit der RAG?

Die schon Anfang des Jahres sehr gespannte Lage bei den Horch-Werken in Zwickau hat sich durch die ankommende Krise in der Automobilindustrie so verschärft, daß das Unternehmen jetzt eine gründliche Sanierung vornehmen muß. Wie die Verwaltung selbst mitteilt, wird in der kommenden Woche eine Aufsichtsratsitzung stattfinden und über die Sanierungsaktion Beschluß fassen. Eine Zusammenlegung des jetzigen Aktienkapitals von fünf Millionen sowie die Wiedererhöhung des Kapitals zur Beschaffung neuer Mittel ist als sicher anzunehmen. Die Sanierung hat sich als notwendig erwiesen, weil die Schulden schon in der Bilanz für 1929 auf 17 Millionen angestiegen waren, also rund die Hälfte des gesamten Umsatzes erreicht hatten. Dieses ungesunde Verhältnis wird sich im laufenden Jahre infolge der Absatzschwierigkeiten noch erheblich verschlechtern.

Zusammen mit dieser Sanierung sind Gerüchte im Umlauf, wonach ein Betriebsabkommen zwischen den Horch-Werken und der RAG in Oberschöneweide bevorstehe. Jedoch sind hierüber weder von der einen noch von der anderen Seite Beschlüsse gefaßt worden und die gesamte Frage einer künftigen Zusammenarbeit befindet sich erst im Stadium der Vorverhandlungen.

Weg mit der Eisensteuer!

Wann werden die monopolistischen Inlandspreise den Weltmarktpreisen angepaßt?

Das ausländische Eisen dringt in Deutschland immer mehr vor. Das Ausland bietet an:

	Preis für Auslandsmaterial	Deutscher Preis	Differenz zwischen ausländischem u. deutschem Preis
Träger	125,—	192,50	67,50
U-Eisen	130,—	195,—	65,—
Winkelisen, rundkantig	140,—	195,—	55,—
ditto scharfkantig	145,—	195,—	47,—
Bandisen	148,—	237,50	89,50
Flachisen	137,50	195,—	57,50
Mittelbleche	155,—	230,—	75,—
Grobbleche	150,—	230,—	80,—

Die ausländischen Preise sind Effektivpreise frei Berlin ohne jeglichen Zuschlag. Berücksichtigt werden müßte für den Handel bei Abgabe an den Kleinverbraucher noch ein Zuschlag von 10 Proz. Die deutschen Preise sind Berliner Lagerpreise und stellen Grundpreise dar, zu denen bei Bandisen, Grob- und Mittelblechen, U- und T-Eisen Ueberpreise noch besonderen Listen hinzukommen. Die Ueberpreise haben ein erhebliches Ausmaß und haben bei den deutschen Verbrauchern schon oft Anlaß zu Beanstandungen gegeben.

In den ausländischen Preisen ist bereits ein Zuschlag von 25 Mark pro Tonne inbegriffen. Die Preisdifferenzen sind toll. Es ist unverständlich, daß die deutschen Preise immer noch so übermäßig hoch gehalten werden. Man kann es keinem Reueisenverbraucher mehr zumuten, bei derartigen enormen Preisdifferenzen deutsches Eisen zu verarbeiten. Er ruiniert sich ja selbst bei so abstoßend unkaufmännischem Verhalten. Notwendig ist die Anpassung an das Weltpreinsniveau. Dazu ist eine Preisentwertung von mindestens 15 Proz. bei den Listenpreisen notwendig. Auch die Ueberpreise müssen abgebaut werden. Wann endlich wird auch die Regierung die wichtigste Aufgabe erkennen, die sie jetzt zu lösen hat?

Bauernschaft gegen Schiele-Politik.

Eine Entschleifung der Deutschen Bauernschaft.

Die Deutsche Bauernschaft faßte in ihrer Sitzung vom 27. November eine Entschleifung, in der es heißt:

„Die Ursachen des Misserfolges der amtlichen Agrarpolitik liegen darin, daß ihre Führung sich im wesentlichen darin erschöpft, die Auswirkungen der niedrigen Getreideweltmarktpreise von dem deutschen Getreidebau abzumenden. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit ausreichender Getreidepreise auch für die Bauernwirtschaft muß festgestellt werden, daß der Kernpunkt für die Unrentabilität in der Landwirtschaft, die Hebung und Förderung der Veredelungsproduktion, fast völlig übergegangen wird. Auch die jetzt bekannt gewordenen Absichten des Reichsernährungsministers in bezug auf die weitere Erhöhung der Futtermittelzölle, die die Erzeugung von tierischen Produkten verteuert, sowie die Zukerribenbaukontingentierung, die sich einseitig gegen den bäuerlichen Zukerribenbau richtet, zeigen dem deutschen Bauerntum, daß von der heutigen Agrarpolitik die erwähnte Besserung nicht zu erwarten ist.“

Günstiger Außenhandel für Schuhe.

Im Oktober 2,81 Millionen Ausfuhrüberschuß.

Der Außenhandel der deutschen Schuhindustrie hat sich auch im Oktober im Hinblick auf die schwere internationale Wirtschaftslage sehr gut behauptet. Die Einfuhr belief sich im Berichtsmonat auf rund 53 460 gegen 43 960 Paar im vorhergehenden Monat. Im Vergleich mit dem Oktober 1929 ist die Einfuhr um 50,5 Prozent gesunken. Die Ausfuhr von Lederschuhen betrug im Oktober 330 662 gegenüber 355 722 Paar in dem entsprechenden Monat des Vorjahres. Der Ausfuhrüberschuß von 1,5 Prozent muß in Anbetracht der Krisenwirkung als äußerst gering bezeichnet werden. Im Vergleich mit anderen Ländern zeigt er, daß die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Schuhfabriken sich eher noch verstärkt hat.

Der Wert der Lederschuheinfuhr stieg sich im Oktober auf 773 000 Mark, dagegen der Ausfuhrwert auf 3,58 Millionen Mark. Es ergibt sich somit im Berichtsmonat ein Ausfuhrüberschuß von 2,81 Millionen Mark und 297 203 Paar.

Fleischverbrauch sinkt weiter.

In der Zeit vom Januar bis September 1930 ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes der deutsche Fleischverbrauch — ohne Hausabmachungen — auf 21,5 Millionen Doppelzentner gegen 22,1 Millionen Doppelzentner in der gleichen Zeit des Vorjahres weiter gesunken. Für die letzten drei Jahre ergibt sich damit für die Zeit vom Januar bis September ein ständiger Rückgang des Fleischverbrauchs von 34,9 auf 34,5 und schließlich auf 33,5 Kilogramm je Kopf der Bevölkerung. Dieser Rückgang spricht Bände für die seit 1928 eingetretene Berarmung der großen Massen. Der Rückgang pro Kopf der Bevölkerung wirkt sich nämlich im Haushalt der breiten Massen viel stärker aus, da natürlich bei den in gesicherten Verhältnissen Lebenden kaum eine Einschränkung des Fleischverbrauchs eingetreten ist.

Deutsch-französische Zollunion. Der ehemalige französische Arbeitsminister Le Troquer spricht als Gast der deutsch-französischen Gesellschaft am 4. Dezember, abends 8 Uhr, bei Aroll über „L'union douanière franco-allemande“ (Deutsch-französische Zollunion). Karten durch die Deutsch-französische Gesellschaft, Oberlandstr. 2 (Cornelius 9503).

Hypothekengläubiger, die ihre Vorkriegshypotheken nach dem Aufwertungsgezet noch nicht im Grundbuch auf Goldmark haben umschreiben lassen, machen wir darauf aufmerksam, daß nach dem 31. März 1931 im Grundbuch keine Umschreibung auf Goldmark mehr eingetragen wird. Diese Gläubiger sind der Meinung, wenn sie von dem Eigentümer die Zinsen nach dem Goldmarkbetrag erhalten, die Umschreibung für sie überflüssig sei, weil der Eigentümer ja die Zinsen nach dem Goldmarkbetrag zahlt. Dem ist nicht so. Die Aufwertung muß im Grundbuch eingetragen sein, da sonst die Papiermarkhypotheken nach dem 31. März 1931 gelöscht werden.

Umgruppierung bei Burbach.

Kapitalherabsetzung von 125 auf 70 Millionen.

Die Aufsichtsräte des Burbach-Konzerns haben am 27. und 28. November in Mogdeburg wichtige Beschlüsse zur Umstellung des Konzerns gefaßt.

Nach den durchgeführten Verschmelzungen und der Kapitalerhöhung um 91 auf 125 Millionen im letzten Jahr ergab sich bei dem Burbach-Konzern folgende Gliederung: Die Hauptbetriebsgesellschaft, die Burbach-Kalimerte A.G., besaß ein Kapital von 125 Millionen Mark, von dem sich 62,5 Millionen, also genau die Hälfte, in den Händen der Gewerkschaft Burbach befanden. Von den 5000 Aktien der Gewerkschaft Burbach waren wiederum 4000 im Besitz der Hauptverwaltung des Burbach-Konzerns G. m. b. H. Die qualifizierte Mehrheit der Anteile dieser Gesellschaft ruhte andererseits wieder bei der Burbach-Kalimerte A.G., womit der Kreis innerhalb des Konzerns geschlossen war. Mit dieser äußerst komplizierten Verschachtelung war bezweckt, die Befugnisse der Burbach-Kalimerte im Hinblick auf die Nachpolitik der Wintershall-Rosier-Gruppe fest zu verankern. Dieser verzwickte Konzernaufbau war also im Grunde nur als eine Sicherheitsstange gegen die Machtämpfe im Kalibergbau gedacht.

Es ergab sich bei dieser Lage jedoch das Kuriosum, daß die Gewerkschaft Burbach das Aktienpaket von 62,5 Millionen Aktien gar nicht bezahlen konnte, so daß diese in der letzten Bilanz der Burbach-Kalimerte A.G. mit 106 Millionen Mark Schulden belastet war.

Da das vor der geschäftlichen Verabschiedung stehende neue deutsche Aktienrecht scharfe Bestimmungen in der Frage der Vollenziehung von Aktien vorsieht, hat die Verwaltung von Burbach unter dem Druck der Aktienrechtsreform jetzt bereits eine Bereinigung dieser Verhältnisse beschlossen. Die Maßnahmen der Verwaltung sehen vor, daß die bei der Gewerkschaft Burbach liegenden 62,5 Millionen Aktien an die Burbach-Kalimerte A.G. zurückgegeben werden, die dafür die 106 Millionen Mark Schulden der Gewerkschaft streicht. Von diesen 62,5 Millionen Aktien werden 55 Millionen im Wege der Einziehung vernichtet, so daß das künftige Kapital der Burbach-Kalimerte A.G. 70 Millionen ausmacht. Die durch diese Transaktion entstehende bilanzielle Differenz wird mit Hilfe stiller und offener Reserven sowie des Gewinnvortrages von 1929 ausgeglichen. Der gesetzliche Reservefonds bleibt in der bisherigen Höhe von 12,8 Millionen erhalten.

Wie der Leiter des Burbach-Konzerns, Generaldirektor Korte, noch ausführte, bleibt die Mehrheit von Burbach auch nach dieser Umstellung fest verankert. Der Gewinn im laufenden Jahr hielt sich auf der Höhe von 1929, so daß wieder die gleiche Dividende von 12 Prozent für 1930 zur Ausgabe gelangt.

Polnische Zollerhöhungen gegen Deutschland.

Die polnische Regierung hat für über 70 Zollpositionen die Einfuhrzölle ganz wesentlich erhöht. Betroffen werden u. a. Elektro- und Installationsmaterial, Kali, Röhren, chemische Produkte, Dampfmaschinen, Mischmaschinen, Fahrräder, Stromerzeugungsanlagen, Transformatoren, Elektromagnete usw. alle Dinge, die in der Hauptsache von Deutschland ein-

Der Befehl von Moskau.

Wie die deutschen Arbeiter darauf antworten.

Die kommunistische Presse verkündet seit mehr als einem Monat tagtäglich, daß die R.O.D. die Berliner Metallarbeiter führt, daß die Metallarbeiter zu Tausenden und Zehntausenden dem kommunistischen Splinterorganisationsknoten zufließen.

Wenn man die Behauptungen vom Uebertritt einer ganzen Belegschaft, von dem Zustromen von Tausenden usw. nicht berücksichtigt, so sind allein in der „Roten Fahne“ genau 5552 Aufnahmen oder Uebertritte seit Abschluß des Streiks mitgeteilt worden. Berücksichtigt man, daß nach den Angaben desselben Blattes der ganze Metallarbeiterstreik unter Führung der sogenannten R.O.D. vor sich gegangen ist, und setzt man für die pauschalen Behauptungen, die angesichts der Anzahl der Berliner Metallarbeiter bescheidene Ziffer von 20 000 ein, berücksichtigt man weiter, daß nach den Behauptungen der „Roten Fahne“ die kommunistischen Organisationen der Dreher und der Rohrleger gleichfalls mehrere tausend Mitglieder gehabt hätten, dann müßte man annehmen, daß in dieser kommunistischen Organisation heute mindestens 40 000 Metallarbeiter organisiert sind. Da nun nach den Behauptungen desselben Blattes der Deutsche Metallarbeiter-Verband in Berlin nur noch knapp 20 000 Mitglieder hat und die Unorganisierten angeblich ja viel lieber streiken und viel revolutionärer sind als die Organisierten, so ist wohl die Frage am Platze,

auf was denn der angebliche Einheitsverband der Berliner Metallarbeiter wartet.

um den revolutionären Generallstreik aller Metallarbeiter Berlins und der näheren und weiteren Umgebung zu erklären.

Oder ist auch hier schon wieder „Verrat“ im Spiele? Man könnte geneigt sein, dies anzunehmen, wenn man sich die Tatsachen der letzten Wochen vor Augen hält. Am Mittwoch, dem 20. Oktober, wurde die bekannte Vereinbarung im Reichsarbeitsministerium getroffen, wonach die Arbeit wieder aufgenommen wird, ein neuer verbindlicher Schiedsspruch gefällt werden sollte. Am Donnerstag verkündete die „Rote Fahne“: „Der Metallstreik geht weiter. Siemens streikt weiter.“ Die zentrale Streikleitung der R.O.D. Siemens fordert alle Kollegen auf, einmütig, wie sie in den Kampf getreten sind, im Kampf zu verharren.“

Die Druckerstreikmärsche, mit der diese Behauptungen gedruckt wurden, war noch nicht trocken, als die sogenannte zentrale

Streikleitung der R.O.D.-Siemens, an der Spitze der kommunistischen Reichstagsabgeordnete Kohlmann, wieder im Betrieb war. Diese Helden hätten sich schon ins Häuschen gelacht, wenn die Siemens-Belegschaft auf ihren Schwandel hinzugefallen wäre.

Am Donnerstag, dem 30. Oktober, beschloß die Mehrheit der Streikenden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Am Freitag, dem 31. Oktober, verkündete die „Rote Fahne“: „Die Antwort der Betriebe. Ueberwältigende Mehrheiten in zahlreichen Betrieben für Weiterstreiken unter Führung der R.O.D.“

Gleichzeitig wird der „historische Beschluß“ der Gründung des „Roten Arbeiter-Verbandes“ in ganz großer Aufmachung verkündet. So geht es seitenslang weiter. Noch am 4. November erschien als Beilage der „Roten Fahne“ die „Streikzeitung der Metallarbeiter“, für die verantwortlich zeichnete die „Zentrale Streikleitung der R.O.D.“, also niemand.

Am 5. November verkündet das Blatt der russischen Botschaft,

daß 1600 Delegierte aus allen Berliner Metallbetrieben einstimmig und begeistert den Beschluß gefaßt hätten, den kommunistischen Metallarbeiter-Verband zu gründen und ihm beizutreten.

Dann strömen nur so die Tausende und Zehntausende Metallarbeiter

in diesen „Verband“. Eine große „Streikwelle“ löst die andere ab. An einem Tage werden 1300 Aufnahmen, an einem anderen 1226 verzeichnet, so daß man sich schließlich fragt, ob es denn noch Metallarbeiter in Berlin geben kann, die diesem Verband beitreten, da doch längst alle Mitglied sein müssen. Es kam der zweite Schiedsspruch, Aufruf folgte auf Aufruf der R.O.D., Kämpfe, Streiks und Generallstreiks wurden angekündigt.

Das alles vollzog sich auf dem gedruckten Papier, auf dem die „Rote Fahne“ gedruckt wird. In der Wirklichkeit passierte gar nichts.

Passiert war nur folgendes: In Moskau hatte der 5. Kongreß der sogenannten Roten Gewerkschafts-Internationale einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt:

„Die K.O.D.-Anhänger in Deutschland müssen in Anbetracht der immer weiter betriebenen frechen Spaltungspraxis der reformistischen Führer und in Anbetracht der wachsenden Gegensätze zwischen ihnen und den breiten Arbeitermassen jetzt schon konsequent und unermüdet auf die Organisation und Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung zwecks besserer und erfolgreicherer Vorbereitung und Führung der Klassenkämpfe des Proletariats hinarbeiten.“

Dieses war beschloßen im September und ist nochmals am 4. November in der „Roten Fahne“ in Fettdruck in Erinnerung gebracht worden. Mit anderen Worten:

Die von Moskau bezahlten kommunistischen Lokalen haben einen Befehl ausgeführt.

Sie haben eine kommunistische Organisation aufgezogen, und sie versuchen, das gleiche in allen anderen Berufen in Berlin und im Reich zu tun.

Das alles haben wir schon einmal erlebt. Im Frühjahr 1924 wurde daselbst Spaltungsmanöver auf Befehl von Moskau durchgeführt. Es ist täglich gescheitert. Aber wenn es damals der K.P.D. gelang, Hunderttausende aus den freien Gewerkschaften herauszulocken, ohne sie an sich fesseln zu können, so hat diesmal die K.P.D. nicht einmal vermocht, Hunderte aus dem Metallarbeiterverband herauszulocken. Alle ihre Behauptungen von den Tausenden und Zehntausenden, die ihr zufließen, sind aufgelegter Schwandel. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat infolge des Streiks nicht nur keine Mitglieder verloren, sondern noch nahezu 2000 gewonnen.

Die sogenannten R.O.D.-Leute haben während des Streiks nichts zu sagen gehabt. Sie sind teilweise in die Betriebe hineingelaufen, ehe noch der Beschluß gefaßt war, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie haben keinen Finger krumm gemacht, um den Lohnabbau abzuwehren.

Sicher ist nur, daß die K.P.D. den Befehl hat, die Gewerkschaften zu spalten. Ebenso sicher ist aber auch, daß die organisierten Arbeiter sich nicht spalten lassen.

Vor dem Kohlenkampf in England.

Um Lohn und Arbeitszeit.

London, 28. November. (Eigenbericht.)

Im englischen Bergbau droht ein schwerer Kampf. Die Bergarbeiter in Südwales haben den Streik angekündigt, falls die Grubenbesitzer die Arbeitszeitverkürzung zu einer Lohnkürzung mißbrauchen wollen, während die Unternehmer mit Aussichtung drohen, falls die Arbeiter sich die Lohnkürzung nicht gefallen lassen.

Mit diesem Streik hat sich gestern, Donnerstag, das „National Coal Board“ befaßt. Es kam um Mitternacht zu der einstimmigen Entscheidung, daß in Südwales keine Lohnkürzung vorgenommen werden soll. Der Bergarbeiterführer Cool erklärte, er hoffe, daß es zu keiner Arbeitseinstellung kommen werde. Das National Coal Board wird seine Aneignungen den Arbeitern und den Grubenbesitzern übermitteln und vielleicht außerdem noch der Regierung Vorschläge machen.

Die Grubenbesitzer von Südwales erkennen das Nationale Industrieamt nicht an und damit wohl auch nicht diese Entscheidung. Sie sind jetzt aber mit ihrem Ausspernungsplan von vornherein ins Unrecht gesetzt. 300 000 Bergarbeiter kommen dabei in Frage.

Die Regierung ist mit allen Kräften bemüht, die für Montag angekündigte Ausspernung zu verhindern, die in allen Kreisen unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen als ein Unglück betrachtet würde.

Das Verlangen der Grubenbesitzer an die Regierung, das Inkrafttreten des neuen Bergwerkesgesetzes und damit die Verkürzung der Arbeitszeit auf 7½ Stunden hinauszuschieben, ist vom Bergbauminister abgelehnt worden.

In dem neuen Gesetz ist die Wiedereinführung des siebenstündigen Arbeitstages, der den streikenden Bergarbeitern 1926 von der konservativen Regierung geraubt worden war, vorgesehen. Die Labourregierung hat bei der Beratung des Kohlengesetzes im Parlament mehrfach darauf hingewiesen, daß diese Verkürzung der Arbeitszeit keinesfalls zu entsprechenden Lohnkürzungen führen dürfe. Sie hat alle Einwände der Unternehmer, die die Lohnkürzung auch im Gesetz verankert wissen wollten, damit zurückgewiesen, daß die englische Bergbauindustrie seit dem großen Streik vier Jahre lang Zeit gehabt habe, ihre Betriebe durchrationalisieren und den modernen deutschen und amerikanischen Zechen anzupassen.

Trotzdem versuchen jetzt die Unternehmer in Südwales und in Nordhottland mit der Verkürzung der Arbeitszeit einen Lohnabbau zu erzwingen, der die schon 1926 durch den verlorenen Streik stark gedrückten Bergarbeiterlöhne um weitere 6 bis 10 Proz. kürzen würde. Daß dieser Versuch der Bergwerksbesitzer in diesen beiden wichtigsten Zechenbezirken Großbritanniens eine Gewaltprobe ist, geht daraus hervor, daß in anderen Kohlenbezirken Englands, so in Cumberland und Nordwales, die Unternehmer mit den dortigen Gewerkschaften übereingekommen sind, eine durchschnittliche 90stündige Doppelwoche bel den jetzt bestehenden Lohnsätzen einzuführen. Die Annahme der

Südwaleser Zechenherren wird von den Belegschaften mit um so größerem Recht zurückgewiesen, als die Bergwerke in Südwales zu den günstigsten gelegenen und profitreichsten Unternehmungen der englischen Kohlenwirtschaft zählen. Bei einem Teil dieser Bergwerke fallen unter anderem Transportkosten überhaupt nicht ins Gewicht, da die Kohlen sozusagen direkt von den Halden in die Schiffe rollen. Wenn trotz der hohen Qualität der dort geförderten Kohle und der außerordentlichen günstigen Lage der Zechen viele Werke unrentabel arbeiten, so fällt dies einzig und allein auf die Unternehmer zurück, deren Politik in den letzten fünf Jahren trotz wachsender Mehrleistung der Belegschaft einzig und allein auf Lohnraub und Schichtverlängerung eingestellt war. Einer durchgreifenden Rationalisierung der Zechen und der ganzen Kohlenwirtschaftsorganisation waren aber die Zechenherren so lange ausgewichen, bis die Labourregierung sie durch ihre politischen Maßnahmen dazu zwang.

Es bedarf keiner weiteren Erörterung, daß der drohende Arbeitskampf für die ganze englische Wirtschaft verheerende Folgen haben würde. Die Krise drückt in England womöglich noch härter auf das allgemeine Lebensniveau der Bevölkerung als in Deutschland. Die 2,3 Millionen Ballarbeitslosen entsprechen bei der geringeren Bevölkerungszahl des Landes 3½ Millionen Erwerbslosen in Deutschland. Die Kurzarbeit bei den noch im Betrieb befindlichen Arbeitern hat drüben einen noch weit größeren Umfang erreicht als bei uns. Wenn auch die übrige Industrie bei den riesigen Haldenbeständen den Streik in den ersten Wochen überhaupt nicht fühlen würde, so müßten doch auf der anderen Seite die Verluste durch Lohn- und Produktionsausfall um so fühlbarer in die Erscheinung treten.

Und nun der Lohnabbau!

Zechenverband kündigt Lohn- und Gehaltsstarif.

Essen, 28. November.

Wie wir erfahren, hat der Zechenverband die bestehenden Lohn- und Gehaltsstarife für den Bereich des rheinisch-westfälischen Steinkohlenreviers zum 31. Dezember gekündigt.

Das war zu erwarten. Die Meldung ist nur zurückgehalten worden, bis Herr Stegerwald den Schiedsspruch verbindlich erklärt hatte, der die Ruhrbergarbeiter trotz katastrophaler Arbeitslosigkeit zur Leistung von sogenannter „Mehrarbeit“ verurteilt. So sorgt Herr Stegerwald für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und so arbeitet Herr Stegerwald Hand in Hand mit den Zechenbesitzern, wie er Hand in Hand gearbeitet hat mit den Schwereindustriellen und den Berliner Metallindustriellen.

Die Arbeiterchaft muß ihre Lage erkennen. Was sie jetzt erlebt, das ist die Folge der Wahl von 107 Nationalsozialisten und 77 Kommunisten.

Jetzt erst recht!

Die Angestellten wollen sich nicht unterliegen lassen.

Zur eingehenden Besprechung der aktuellen Tagesfragen hatte die Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Angestellten ihre Funktionäre am 27. November im Plenarsitzungslokal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats versammelt. Wie groß das Interesse an der Erörterung dieser wichtigen Tagesfragen ist, bewies die überfüllte Veranstaltung. Der 1. Bevollmächtigte, Genosse Gottschalk, sprach in einem groß angelegten Referat insbesondere über die Probleme der Kurzarbeit. Er verwies auf die Rechtsgutachten von Einzheim und Fiatow, die beide übereinstimmend zu Schlussfolgerungen kommen, die für die Auffassung der freien Gewerkschaften sprechen. Ziel der Organisationen muß sein, das Realeinkommen der Angestellten unverkürzt zu erhalten. Dieses zu erreichen, wird immer abhängig sein vom Macht einfluß der Organisationen selbst. Sinn und Ergebnis jeder Kurzarbeit kann nur sein: Unterbringung Arbeitsloser in den Betrieben und Steigerung der Kaufkraft der arbeitenden Menschen.

Durch die Rotverordnung ergeben sich Auswirkungen auf die Tarifverträge. Vor allem muß bei allen tarifvertraglichen Vereinbarungen darauf gesehen werden, daß dem Angestellten während der Zeit seiner Krankheit sein volles Gehalt verbleibt.

Verwerflich ist das Vorgehen der kommunistischen Partei, die in dieser schwierigen Situation die Front der Organisierten sprengt, indem sie besondere „oppositionelle“ Gewerkschaften aufzieht. In dem Beispiel des „roten“ Metallarbeiterverbandes ist jedoch erkenntlich, daß sie mit der Bildung eigener Gewerkschaften wenig Glück haben dürfte.

Die politischen Spannungen in Verbindung mit der Wirtschaftskrise erfordern von den freigewerkschaftlichen Organisationen Klarheit, kühles Denken und Ueberzeugungstreue. Trotz aller Reaktionen wollen wir uns unseren gefunden Optimismus erhalten. Wir werden sicher die Schwierigkeiten überwinden. Vor allem gilt es, die Arbeitslosenversicherung zu erhalten, weil mit ihr das Gebäude der deutschen Sozialpolitik steht oder fällt.

In einer ausgiebigen Diskussion nahmen verschiedene Redner Stellung zu den vom Genossen Gottschalk behandelten Fragen. Allseitig wurde zum Ausdruck gebracht, daß es gerade jetzt gilt, zusammenzusehen und für die gewerkschaftliche Organisation zu werben.

Berufsübliche Arbeitslosigkeit.

Keine Verschlechterung geplant.

Der Termin für den Beginn der berufsüblichen Arbeitslosigkeit wird, wie wir erfahren, in den nächsten Tagen festgelegt werden. Im Vorjahr wurde er bereits Mitte November angeordnet und auf den 9. Dezember aberkannt. Dieses Jahr ist die Festlegung des Termins infolge des verhältnismäßig milden Wetters nicht so dringlich.

Mit der Anordnung des Termins für den Beginn der berufsüblichen Arbeitslosigkeit sind, wie gegenüber irrthümlichen Meldungen betont werden muß, keineswegs irgendwelche Veränderungen in der Unterstützung der Saisonarbeiter verbunden. Diese ist auf Grund des Gesetzes vom 29. Oktober 1929 festgelegt und bedeutet gegenüber dem früheren Zustand eine erhebliche Verbesserung.

Bergarbeiterlöhne in Oberschlesien.

Mit dieser Ueberschrift brachten wir am 7. November eine Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts zugunsten der auf Zahlung von Tariflohn klagenden Bergarbeiter. Hierzu erhalten wir vom Arbeitgeberverband der Oberschlesischen Montanindustrie eine Art Richtigstellung.

1. Es handelt sich nicht um einen Arbeiter der Karsten-Zentrumgrube, sondern um einen Arbeitnehmer einer Unternehmerfirma.

2. Es handelt sich um Arbeiten über Tage.

3. Der Tarif für den ober-schlesischen Steinkohlenbergbau kam nicht in Frage. Da ein Tarif für die fraglichen Arbeiten nicht besteht, hat das Gericht den Bergarbeitertarif nur als Maßstab für eine „angemessene“ Entlohnung zum Anhalt genommen.

4. Eine zehnstündige Arbeitszeit besteht im ober-schlesischen Steinkohlenbergbau außer bei Arbeitsbereitschaft(!) weder über noch unter Tage.

Die Tatsache, daß der klagende Bergbauindustriearbeiter, ob er nun direkt im Dienste der Karsten-Zentrumgrube tätig war oder bei einer Unternehmerfirma, die auf dieser Grube Arbeiter beschäftigt, bei zehnstündiger Arbeitszeit täglich drei Mark Lohn bekam, wird nicht bestritten.

Diesem Zustand mußten erst Landesarbeitsgericht und Reichsarbeitsgericht ein Ende machen.

Englische Eisenbahner gegen Lohnabbau

London, 28. November. (Eigenbericht.)

Um den englischen Eisenbahnern die beantragte Lohnkürzung schmackhaft zu machen, haben die 69 Direktoren der vier englischen Eisenbahngesellschaften in eine 25prozentige Gehaltskürzung eingewilligt. Allerdings empfangen diese Direktoren jährlich nicht weniger als 115 Millionen Gehalt. Verkürzungen werden die 69 also trotz der 25prozentigen Einkommensverminderung nicht. Dagegen werden die Eisenbahner und Angestellten von einem durchschnittlich zehnprozentigen Lohnabbau, wie er beantragt ist, so stark betroffen, daß sie durch ihre Gewerkschaften am Freitag nochmals erklären ließen, unter keinen Umständen in die Lohnverminderung einwilligen zu können.

Die Lohnabbaukampagne.

Magdeburg, 28. November.

Der Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller, Magdeburg, hat den am Tarif beteiligten Gewerkschaften das Lohnabkommen zum 31. Dezember 1930 gekündigt.

Achtung, Radfahrer! Sonntag, 30. November, 10 Uhr, Sommerfeste, Vertrauenstanzveranstaltungen, Stallungsbahn am Rennhof usw. Jeder Vertrauensmann soll erscheinen. Der Vorstand des V.S.B.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Achtung, Schachfreunde! Sonntag, 9. Uhr, Treffen zur Wahl nach Berlin am Pabst-Bahnhof (Waldowstraße). Schachklub „Schachklub“ Berlin, 1. Dezember, 1930, 10 Uhr, im Saal II des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 24-26, Vortrag: „Arbeitslosigkeit und die Gewerkschaften“ - Willy Weidner.

Wandergruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Beute, Sonnabend, finden folgende Veranstaltungen statt: Beute, 30. Uhr, findet der Jugend- und Eisenbahnklub in der Aula der Heinrich-Schumann-Schule, Mittelstraße 49, unter dem Motto: „Wandergruppe der Angestellten“ wünscht ihr für eure Kinder, halt. Karten sind nach am Eingang zu haben zum Preise von 30 Pfennig.